



русско-немецкое бюро
экологической информации

Russisch-Deutsches Büro
für Umweltinformation

STADTökologie



Bürger sind nicht nur Beteiligte,
sondern Mitproduzenten von Stadt.

INHALT

04 Vorwort

Bürgerbeteiligung

- 07 Alexander Karpow | Öffentliche Anhörung als verfehlte Alternative zu Massenmeetings
- 16 Brigitte Adam | Interview mit Horst Zillesen: Gratwanderung städtebauliche Großprojekte. Zwischen Zustimmung und Ablehnung

Städtische Bürgerinitiativen

- 22 Stephan Willinger | Partizipationen. Stadtentwicklung mit multiplen Öffentlichkeiten
- 32 Jekaterina Glebowa, Fjodor Rachmanow | Ökologische Rettung: Bürgerinitiativen fahren Fahrrad für die Rettung der Städte

Stadtplanung

- 40 Alexander Tischkow | Das Zukunftskonzept „Groß Moskau“
- 47 Moritz Schmidt | Flächennutzung in Städten und ihr klimarelevanter Einfluss

Chronik

- 53 Chronik zu Protesten und Menschenrechtsverletzungen im Bereich Umwelt in Russland

Sehr geehrte Leser,

Sie halten die erste Ausgabe des Monitorings „Klimaschutz und Menschenrechte“ in Händen, das vom Russisch-Deutschen Büro für Umweltinformation, St. Petersburg, und dem Deutsch-Russischen Austausch, Berlin, herausgegeben wird. Vom August 2012 an werden wir in halbjährlichem Rhythmus Sammelbände mit Aufsätzen, Recherchen, Analysen und Interviews veröffentlichen, die Umweltschutz- und Rechtsfragen verbinden.

Das wichtigste Anliegen des Monitorings ist es, aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Ökologie und Bürgerrechte unter einem jeweils neuen Akzent zu untersuchen. Die Besonderheit der Publikationen sind ihr bilateraler Ansatz: Jedes Thema wird aus deutscher und russischer Sicht erkundet, vergleicht die Chancen und Schwierigkeiten von Lösungswegen, die Tendenzen und Perspektiven in beiden Ländern.

Gerade darum widmet sich die erste Ausgabe den Fragen der „Stadtökologie“, die in den vergangenen Jahren zu einem Schlüssel für die Umweltbewegung von unten und für die regionale und föderale Städtebau- und Umweltpolitik geworden ist. Die fortschreitende Urbanisierung ist ein Prozess, der sowohl in Deutschland als auch in Russland wirksam ist. Dabei erweist sich die vorhandene städtische Infrastruktur der zunehmenden Bevölkerung gegenüber kaum gewachsen – die Umweltbelastungen vergrößern sich, es entstehen Probleme durch das Verkehrsaufkommen, die bauliche Verdichtung und die Lärmbelastung, das Müllaufkommen und die Immobilienpreise steigen usw. usf. Die Städte als Zentren der modernen Lebensgestaltung weisen attraktive Vorteile auf und erzeugen zugleich zahlreiche soziale, ökologische, psychologische und andere Schwierigkeiten für ihre Bewohner.

Den diversen Aspekten bei der Umgestaltung städtischer Lebensräume – von der Bürgeranhörung zu Neubauprojekten über grass root - Initiativen zur Verbesserung der ökologischen Situation bis hin zur Schaffung öffentlicher Plattformen – gilt die erste Ausgabe des Monitorings. Auch die wesentliche Rolle der Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung im aktuellen politischen Kontext Russlands und Deutschlands wird gespiegelt. Sie zeigte sich etwa daran, welch große Bedeutung die Ereignisse rund um den „Chimki-Wald“ bei Moskau und die Umbaupläne für den Bahnhof „Stuttgart 21“ für die politische und gesellschaftliche Agenda in beiden Ländern erlangten. Die Bürgerinitiativen zum Umweltschutz und zum Erhalt der Städte wurden nicht zuletzt eine Basis für die so genannten „verärgerten Städter“ (in Deutschland: „Wutbürger“) und die „kreative Klasse“, die im Dezember 2011 sowie im März und Mai 2012 in den russischen Großstädten auf die Straße gegangen sind.

Es ist offenkundig, dass die Schaffung angenehmer öffentlicher Räume oder etwa eines Netzes von Fahrradwegen allein kaum alle Probleme der Gesellschaft zu lösen imstande ist. Signifikant ist in diesem Zusammenhang die Diskussion, die junge Bürgeraktivisten, Umweltschützer und Künstler im Rahmen des Stadtmarathons „Tu es selbst“ in St. Petersburg führten (siehe den Beitrag S. 32). Einige Teilnehmer sprachen damals davon, wie erfolgreich „Partisanenmethoden“ bei der Umgestaltung öffentlicher Räume, der Gewinnung von Bewohnern von Mehrfamilienhäusern für Initiativen zur Verbesserung der Infrastruktur von Stadtvierteln seien – zur „Erweckung“ der Bewohner für gemeinnütziges Engagement und Selbstorganisation. Im Grunde ging es um die „Theorie der kleinen Dinge“ – ein Konzept, das in Russland in jüngster Zeit angesichts des praktischen Fehlens eines politischen Wettbewerbs ausgesprochen populär geworden ist. Eine andere Gruppe vertrat hingegen die Ansicht, dass solche „kleinen“ Dinge die Bürger eher von wesentlicheren Fragen ablenkten – solchen wie freie Wahlen, demokratische Grundrechte, Pressezensur, dem Aufbegehren gegen aufgezwungene Modelle des Konsumverhaltens und der Lebensführung. Wie in jedem Streit liegt wohl auch hier die Wahrheit irgendwo dazwischen – und vereint in sich sowohl Elemente des Protestes als auch des schöpferischen Engagements.

Unser Interesse war es, die Theorie und Praxis bei der Beteiligung verschiedener Gruppen und Schichten an Entscheidungen über Fragen der Stadtentwicklung und differierende Szenarien der Stadtgestaltung in Deutschland und Russland zu vergleichen. Wir versuchen zu verstehen, was beide Länder voneinander lernen können, und möchten mit diesem Forum für Experten und Aktivisten eine weitere Diskussion über dieses Thema anstoßen. Ein wichtiger Bestandteil des Monitorings war für uns darüber hinaus die Verknüpfung lokaler ökologischer Belange mit den globalen ökologischen Herausforderungen, vor allem des Klimawandels, der Strategien zur Anpassung an den Klimawandel, aber auch die Perspektiven einer Grünen Wirtschaft, der Energieeffizienz und der Entwicklung von alternativen Energiequellen – und nicht zuletzt der Bürger- und Menschenrechte, darunter der Meinungsfreiheit zu aktuellen Umweltschutzfragen (siehe Chronik ab S. 53).

Wir bedanken uns beim Programm Brot für die Welt des Diakonischen Werks der EKD sehr herzlich für die Unterstützung dieser Publikation. Zugleich wünschen wir Ihnen eine interessante Lektüre und hoffen, dass die Ergebnisse dieser Arbeit nützlich für Sie sind. Wenn Sie Kommentare oder Fragen an uns senden möchten, werden wir sie gern beantworten.

Angelina Davydova und das Redaktionskollegium

BÜRGER*beteiligung*



Über Modelle der Öffentlichkeitsbeteiligung, Probleme der Interaktion zwischen der Gesellschaft und den Behörden, den Bau des „Lachta-Centers“ und das Gesetz über die „grünen Zonen“ der Stadt St. Petersburg erzählt dem Russisch-Deutschen Büro für Umweltinformation der Leiter des Kompetenzzentrums „Ecom“ in St. Petersburg, Alexander Karpow.

HINTERGRUND: Im Jahr 2006 veröffentlichte eines der größten russischen staatlichen Unternehmen – Gazprom – die Pläne für den Bau des ersten Wolkenkratzers in St. Petersburg, der als Hauptsitz des Unternehmens dienen sollte. Für den Bau dieses Hochhauses wurde dem Unternehmen eine Gesamtfläche von 66,5 ha im Stadtteil Ochta zugeteilt, der in unmittelbarer Nähe zum UNESCO-Weltkulturerbe - dem historischen Zentrum von St. Petersburg - liegt.

Die meisten Einwohner von St. Petersburg waren gegen den Bau des „Ochta-Centers“, dessen ultra-moderner Look nicht in das historische Panorama der Stadt passt. Darüber hinaus betrug die geplante Höhe des Wolkenkratzers etwa 400 Meter, entgegen der sogenannten „himmlischen Linie“ von St. Petersburg, dessen Innenstadt mit niedrigen Gebäuden bebaut ist. Noch während der Projektplanung schlossen sich die Gegner des geplanten Baus zu einer Bürgerbewegung zusammen. Eine bedeutende Rolle bei ihrer Entstehung und ihren folgenden Aktivitäten spielte das Kompetenzzentrum „Ecom“. Es ist auf Öffentlichkeitsbeteiligung, insbesondere im Bereich der städtischen Politik, spezialisiert. „Ecom“ vertrat von Anfang an sowohl bei den Demonstrationen als auch auf juristischer Ebene die Interessen der Einwohner.

Ende 2011 verkündete die Gouverneurin von St. Petersburg, Walentina Matwijenko, die Verlagerung des Wolkenkratzers vom Ochta-Ufer in den Stadtteil Lachta am Rande der Stadt (weshalb der Name des Bauobjekts in „Lachta-Center“ geändert wurde). Somit endete die Geschichte des „Ochta-Centers“ tatsächlich mit einem Sieg seiner Gegner, sie erreichten ihr Ziel, den Wolkenkratzer soweit entfernt wie möglich vom historischen Stadtzentrum zu errichten.

Alexander, was denken Sie über die Pläne zur Umbenennung des „Ochta-Centers“ in „Lachta-Center“?

Die Leitung von „Gazprom“ hat es geschafft, fast alle Fehler bei der Objektplatzierung zu wiederholen, die schon während der ersten Etappe der Projektierung des „Ochta-Centers“ aufgetreten sind. Offenbar dominiert bei ihnen eine Art Verteidigungsbewusstsein. Daher wird ein Business-Center, das darauf ausgerichtet ist, die Grundlage für eine neue City zu sein, wie eine Festung projektiert. Zuerst sollte es am Standort der alten Burg Nijenschanz errichtet werden, der an zwei Seiten von Wasser umgeben ist und an der dritten Seite auf eine überlastete Autobahn führt. Mit der Wahl dieses schwer zu erreichenden Ortes hätte Gazprom riesige finanzielle Mittel in die Lösung des Verkehrsproblems investieren müssen.

Das gleiche ist mit dem „Lachta-Center“ geschehen. Das ausgewählte Grundstück liegt am Ufer der Finnischen Bucht: An einer Seite befindet sich das Wasser, an einer anderen ein Naturschutzgebiet, und zur dritten Seite hin ist eine weitere Ausdehnung ebenfalls unmöglich. Aber die Anfahrt dorthin ist sehr unbequem. Daraus einen zentralen Ort zu machen, ist unmöglich – allenfalls wird es Stadtrand oder Peripherie sein.

Ein wichtiger Mechanismus der Öffentlichkeitsbeteiligung sollten die öffentlichen Anhörungen sein, über die im Jahr 2006 in St. Petersburg ein Gesetz erlassen wurde. Bei diesen können die Bürger ihre Position gegenüber der Stadtverwaltung zu verschiedenen Fragen artikulieren, mit denen sie sich zuvor detailliert vertraut gemacht haben. Aber dieses Mittel hat bisher noch nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Was denken Sie, worin liegen die Gründe dafür?

Die öffentlichen Anhörungen sind aus drei Gründen ineffektiv:

Erstens ist im regulierenden Gesetz eine Lücke entstanden zwischen der Öffentlichkeit, also den Teilnehmern der Anhörungen, und denen, die die Entscheidung treffen. Letztere fehlen einfach bei den Anhörungen. Diese werden von mittleren Beamten abgehalten, die die Ergebnisse bearbeiten und sie an die nächsten Beamten weiterleiten. Zum Beispiel werden Anhörungen über mögliche Genehmigungen für Abweichungen von den zulässigen Bebauungsparametern durchgeführt. Die Anhörungen werden von der Bezirkskommission für Landnutzung und Bebauung organisiert, die ein Protokoll aufsetzt und die Ergebnisse an die Stadtkommission für Landnutzung und Bebauung weitergibt. Diese gibt eine Empfehlung ab, ob den Ergebnissen der Anhörung zugestimmt werden sollte oder nicht, und sendet sie zur Bestätigung an den Ausschuss für Stadtplanung und Architektur, der die entsprechende Verordnung unterzeichnet. Falls der Ausschuss irgendwelche Argumente gegen eine Genehmigung hat, werden die Stadteinwohner diese nicht hören. Die Beamten des Ausschusses hören die Rede der Bürger auch nicht direkt, sondern bekommen nur das vom Sekretär der Bezirkskommission geschriebene Protokoll. Dieser

trägt faktisch keine Verantwortung dafür, wie er die Aussagen der Anhörungsteilnehmer aufschreibt. Somit findet kein direkter Dialog statt zwischen den Einwohnern, die in dem betreffenden Gebiet leben und den Beamten, die die endgültige Entscheidung treffen.

Solange während der öffentlichen Anhörungen keine direkte Kommunikation stattfindet, sind sie sinnlos. Damit die Bürger gehört werden, muss sich eine Anhörung erst in ein Meeting, eine Protestaktion hochschaukeln, damit die Beamten verstehen, dass die Teilnehmer ihre Interessen ernsthaft verteidigen werden. Erst dann beginnt sich etwas zu bewegen. Aber noch besser ist es, vor Gericht zu gehen.

Der zweite Grund, warum diese Anhörungen nicht funktionieren, besteht in der Unzuverlässigkeit der bereitgestellten Informationen und der schlechten Benachrichtigung der Bürger, die sich für die Teilnahme an den öffentlichen Anhörungen interessieren. Die Unterlagen, die bei den Anhörungen besprochen werden, sind ziemlich schwer verständlich. Und wenn es vorher keine Möglichkeit gibt, sich mit ihnen bekannt zu machen, was soll man dann diskutieren? Nichts. Die Anhörungen sind sinnvoll und nützlich, wenn die interessierten Bürger die Unterlagen vollständig einsehen können. Ohne dies ist es unmöglich zu protestieren, zu prozessieren oder überhaupt irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Auch ist die vom Gesetz vorgesehene Zeit zum Verständnis der Unterlagen nicht ausreichend. Die Informationen über Anhörungen und Ausstellungen sind sehr ineffektiv angelegt, praktisch erfahren die Bürger zufällig davon. Niemand trägt die Verantwortung für die Zuverlässigkeit der gegebenen Informationen, weder der Bauherr noch die zuständige Behörde, die die Anhörungen organisiert. Zum Beispiel wurden auf Anhörungen zu Projektplanungen und zur Vermessung von Stadtvierteln im Rahmen des Programms „Erneuerung“¹ zur Entwicklung bebauter Gebiete anstatt der Planung und Vermessung des eigentlichen Projekts die Anordnung der Grundstücke, das Bebauungsverhältnis, die Sicherstellung der sozialen Infrastruktur, allerlei Bauskizzen, Wohnkomfort, Umsiedlungspläne und andere Fragen diskutiert, die nicht in den zu genehmigenden Teil des Dokuments eingehen. Das sind auch wichtige Informationen, aber im Ergebnis wurde nicht das besprochen, was die unmittelbaren Interessen der Grundstückseigentümer betrifft, nämlich auf welche Art und Weise ihnen ihr Eigentum weggenommen wird. Viele haben davon nichts erfahren.

Der dritte Grund für die Ineffektivität der Anhörungen besteht darin, dass ihre Ergebnisse keine verbindliche öffentliche Übereinkunft darstellen, sondern lediglich ein Protokoll. Weder der Projektplaner noch der Bauherr gehen die Verpflichtung ein, an der Projektplanung etwas entsprechend den Ergebnissen der Anhörung zu ändern. Zudem finden die Anhörungen gewöhnlich erst statt, wenn es sehr spät ist, etwas an der Projektierung zu ändern, da bereits sehr viel Geld und Zeit für



Gegner Großprojekt Stuttgart 21



Stuttgarter Schloßplatz

die Planung eingesetzt worden sind. Das heißt, das ganze Verfahren der öffentlichen Anhörungen ist im Grunde juristisch falsch konstruiert.

Wenn das russische Gesetz über öffentliche Anhörungen ernsthafter Änderungen bedarf, lohnt es sich dabei auf internationale Erfahrungen zu nutzen? Was könnte Russland von europäischen Erfahrungen lernen?

Im Bezug auf die Bürgerbeteiligung ist Europa sehr heterogen. Die Länder basieren auf verschiedenen Kulturen und Traditionen. So beklagen die Portugiesen und Spanier den Mangel an Bürgerbeteiligung in ihren Ländern, und die Behörden zu erreichen ist dort genauso schwierig wie z.B. in Russland.

In Deutschland sieht es ein wenig besser aus. In der Tat haben wir das deutsche Modell der Organisation von Bürgerbeteiligung übernommen, das dort in den 70er Jahren entwickelt und als „Planungszelle“ bezeichnet wurde. Später wurde es umbenannt in „Bürgerkonferenz“ oder „Bürgeranhörungen“. Eine Zeit lang hat man dieses Modell in den USA aktiv weiterentwickelt, in Dänemark wird es ziemlich aktiv genutzt, und in Großbritannien etablierte es sich als beste Form der Bürgerbeteiligung. Nach all dem haben wir einmal Deutschland besucht und stellten fest, dass die Deutschen diese Form der Bürgerbeteiligung einfach vergessen haben und sie nicht weiter nutzen.

Man kann nicht sagen, dass in Europa alles ideal geregelt ist, jedoch gibt es dort einen wichtigen Unterschied: Die Entscheidungen zur Raumplanung werden von einem Repräsentativorgan der Regierung getroffen, während es bei uns eine Verwaltungsbehörde ist. Und das ist ein fundamentaler Unterschied, der alles ändert. Die gewählten Politiker müssen sich Gedanken um ihre Wiederwahl machen, die Beamten dagegen werden ernannt. Die Politiker sind darauf ausgerichtet, den Bürgern zu zuhören, die sie wählen werden. Das sind die Mechanismen der politischen Konkurrenz, doch in Russland schließen Mechanismen der Konkurrenz bürokratische Mechanismen mit ein.



Werbung für neue Eigentumswohnungen in Berlin

Aber man kann nicht sagen, dass die Situation der Entscheidungsfindung in Europa eindeutig ist. Wir haben gründlich die Vorgänge rund um die Dresdner (Waldschlösschen-) Brücke analysiert, deretwegen Dresden von der Liste der UNESCO-Welterbestätten gestrichen wurde. Diese Geschichte war mit dem Kampf zwischen zwei politischen Parteien und den Bürgern verbunden, die das Welterbe schützen wollten. Die politische Komponente hat gewonnen.

Dennoch gilt insgesamt, dass sich die Situation zum Besseren ändert, wenn gewählte Politiker die Entscheidungen treffen. Ein Beamter muss sich an die Vorschriften und das Gesetz halten. Deshalb wählen wir auch einen Ansatz zur Entwicklung und Beeinflussung der Gesetzgebung, der die Eigenmächtigkeit der Beamten begrenzt. Wir schreiben einen Gesetzesentwurf und bringen ihn ins Stadtparlament ein. Ein Abgeordneter nimmt das Gesetz und bringt die formalen Verfahren in Gang. Im Weiteren hängt alles davon ab, ob es gelingt, die Mehrheit der Abgeordneten für die Zustimmung zu dem Gesetz zu gewinnen, ob alle Paragraphen mit den Juristen und Komitees der Stadtverwaltung abgestimmt werden können. Generell fängt hier eine große Arbeit an.

Die Kampagne zum Schutz der Grünflächen, die „Ecom“ 2006 organisiert hat, führte zur Entstehung der vom Stadtparlament verabschiedeten Liste der Gärten, Parks, Grünanlagen und anderen staatlich geschützten „grünen Zonen“. Warum ist das Thema Grünflächen so wichtig für „Ecom“ geworden, und wie schätzen Sie die Ergebnisse der Arbeit ein?

In den frühen 2000er Jahren waren wir mit der baulichen Verdichtung in der Stadt konfrontiert, in der Regel auf dem Gelände von Grünanlagen. Für St. Petersburg war das ein sehr schmerzhaftes Problem. Im Jahr 2001 riet mir eine Bekannte, zu einer Abgeordnetensitzung zu gehen und einen Gesetzesentwurf dazu zu verfassen, wie die Grünflächen gerettet werden könnten. Im Jahr 2004 wurde das Gesetz angenommen. Im Ergebnis wurde deutlich, dass es nur eine Möglichkeit gibt, um zu bestimmen, was ein Park, eine Grünanlage, ein Boulevard ist: ihre Grenzen auf der Karte einzuzeichnen. Keinerlei verbale Beschreibung erlaubt eine genaue Definition der Grenzen und folglich den Schutz dieser Territorien vor Bebauung.

Im Jahr 2005 wurde entschieden, ein Gesetz mit Karten zu erarbeiten, und wir erhielten den offiziellen Auftrag des Stadtparlaments dafür. Durch ehrenamtliche Arbeit der Bevölkerung vor Ort, die unsere Organisation koordinierte, wurden die Grünanlagen festgelegt, die unter Schutz zu stellen sind.

Freiwillige besuchten die Grünflächen, die von unseren Fachleuten ausgewählt wurden, bestätigten, ob sich dort eine Grünfläche befindet oder z. B. ein Parkplatz und präzisierten deren Grenzen. Im Ergebnis dieser Arbeit wurden hunderte Parks und Grünflächen vermessen. Die Freiwilligen zeichneten auch die Karten und fertigten sie den Vorschriften entsprechend an, so dass sie in die gesetzgebende Versammlung eingebracht werden konnten. Vor der zweiten Lesung veröffentlichten wir in den Zeitungen ein Schreiben an die Bürger, dass ein entsprechendes Gesetz vorbereitet wird und sie, falls sie ihre Grünfläche in der Liste aufgeführt haben wollen, ein Foto davon an den Abgeordneten ihrer Kommunalversammlung schicken sollten. Die Veröffentlichung war mit einer genauen Anleitung versehen, wie das zu tun ist. Die Massenaktion machte großen Eindruck auf die Abgeordneten: Sie erhielten hunderte gleicher Schreiben. Auf Antrag der Bürger wurden 2007 200-300 neue Grünanlagen in die Liste aufgenommen.

Als das Gesetz 2007 ratifiziert wurde, war es das erste in Russland, das in einer schematischen Karte alle Gartenanlagen und Parks der Stadt verzeichnete, insgesamt mehr als 2400. Dadurch waren neue Spielregeln etabliert, denn auf den „grünen“ Territorien wurde jegliche Bautätigkeit verboten. Auf diese Weise sind wir den Bauträgern die irgendetwas bauen wollten, und den städtischen Behörden, die die Grünflächen lediglich als Brachen sahen, auf denen man alles unterbringen kann, was irgendwie angenehm ist, auf die empfindlichen Hühneraugen getreten

In den Jahren 2008-2009 koordinierten wir die Bemühungen der Bürger, das Gesetz vor den Eingriffen der Behörden zu schützen. Es wurde versucht, das Gesetz zu schwächen, doch wir haben Briefe geschrieben und Aktionen durchgeführt. Damals waren Kundgebungen noch nicht sehr populär. Danach hat die Regierung neuen Mut gefasst und im Zeitraum 2009-2010 eine Überprüfung vorgenommen. Als sie mit der Überprüfung des gesetzlichen Grünflächenkatalogs begannen, beschlossen wir, asymmetrisch zu antworten. Wir führten eine vollständige Überprüfung innerhalb der Stadtgrenzen durch, mit anderen Worten eine „Volks-Inventur“.

Die Stadt wurde in Abschnitte unterteilt, die nicht nur Häuser und Straßen berücksichtigten, sondern auch Landflächen. Für jeden Abschnitt wurden Karten gedruckt unter Verwendung von Daten eines geografischen Informationssystems (GIS). Rund 130 Freiwillige schlossen sich zusammen, hauptsächlich Aktive aus den verschiedenen Initiativgruppen, die bereits Erfahrung im Kampf für ihre Grünanlagen hatten.

Für diese organisierten wir dreistündige Trainings, während derer wir sie beauftragten, ins „Feld“ zu gehen und alle Grünflächen vollständig aufzuzeichnen, die es in diesem Stadtviertel gibt.

Nachdem wir diese Arbeit in einigen Pilotstadtteilen durchgeführt haben, stellte sich heraus, dass die Anzahl der nicht beachteten Grünflächen ziemlich groß ist: In dem offiziellen Katalog fehlten ca. 30% der tatsächlichen Flächen. Im Jahr 2010 haben wir uns mit den Behörden auf eine Begrenzung eines Teils des Katalogs geeinigt. Im Gegenzug sollte die Stadt eine vollständige Inventarisierung durchführen, alle Grünflächen in den Katalog aufnehmen sowie ihnen auch finanzielle Mittel zuordnen.

Im Zeitraum 2010-2011 setzten wir die Inventur mit eigenen Kräften fort, wobei wir uns die Aufgaben stellten, dass unsere Informationen nicht schlechter, sondern besser werden sollten als die der staatlichen Behörden. Am Ende vollzogen wir eine Inventarisierung zwar nicht in der gesamten Stadt, aber in fünf Pilotbezirken und erhielten eine bessere Vorstellung davon, wie alles aufgebaut ist. Ende 2011 begann die offizielle Inventur, und Vertreter des Zentrums „Ecom“ gingen in die damit befassten Arbeitsgruppen des Stadtparlaments.

Traditionell wird die öffentliche Beteiligung an Aktivitäten der Behörden von diesen als Belastung empfunden. Ändert sich die Situation in der letzten Zeit?

Eine Interaktion zwischen der Gesellschaft und den Behörden findet immer statt. Wenn man es genau betrachtet, tauschen Behörden und Bürger täglich Dutzende von formalen Papieren: Anfragen, Antworten, Briefe an die Staatsanwaltschaft... Es gibt zum Beispiel eine Initiativgruppe: „Ochtinskaja Bogen“, die schon aktiv an der Kampagne „Antigasoskrebnaja“ („Anti-Gastower“ – Anm. d. Red.) teilgenommen hat. Das ist eine lokale Vereinigung aus Mala Ohta (einem Stadtbezirk von St. Petersburg – Anm. d. Red.), die alles über ihren Bezirk weiß und jeden Fußbreit Boden kontrolliert. Vertreter der Stadtverwaltung haben sich bei mir anonym über diese Gruppe beschwert: „Was sollen wir machen, das sind verrückte Menschen – sie schreiben und schreiben, die ganze Stadtverwaltung arbeitet nur für sie!“

Manchmal hinterlässt die Interaktion eben unangenehme emotionale Rückstände, aber tatsächlich findet sie die ganze Zeit statt. Unter diesem Einfluss und Druck ändern sich Gesetze, normative Grundlagen, die Praxis der Entscheidungsfindung. Das sind langsame Prozesse, die sehr schwer zu bemerken sind. Sie treten erst nach sechs Monaten oder einem Jahr der aktiven Kampagnen auf. Und der Gesichtsausdruck, den Beamten bei dem Wort „Öffentlichkeit“ bekommen, hängt meistens damit zusammen, dass sie sich an die unangenehme Momente während dieser Interaktion erinnern. Und wenn man sie bittet, die positiven Momente zu nennen, dann können sie sich nicht gleich an diese erinnern. Obwohl, wenn sie über die positiven

Effekte der Interaktion mit der Öffentlichkeit bei der städtischen Versorgungswirtschaft berichten sollten, dann würde der Bericht aus vielen Kapiteln bestehen und optimistisch sein.

Früher betrachteten die Behörden die Bürgerbeteiligung als „Pferdezirkus“, inzwischen sehen sie sie als normal an und organisieren gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Pressekonferenzen und arbeiten sogar mit ihnen zusammen. Aber die öffentliche Beteiligung hat auch eine andere Seite. Freilich ist das Wort „Öffentlichkeit“ sehr ungenau, jeder kann Öffentlichkeit sein. Deshalb treten unter dem Deckmantel der Öffentlichkeit Lobbyisten privater und kommerzieller Interessen auf. Nicht zufällig ist die Mission von „Ecom“ der Schutz des öffentlichen Bereichs. Wir versuchen, diese Linie zu halten und nicht an Aktionen teilzunehmen, die im Zusammenhang mit privaten und vor allem kommerziellen Interessen stehen. Von solchen Gruppen distanzieren sich die Behörden manchmal völlig zu Recht.

Zum Beispiel sollte ich einmal den Gründungsversuch eines gesellschaftlichen Beirats beurteilen (ich werde die Behörde, bei der die Gründung eingetragen werden sollte, nicht nennen). Ich erhielt eine Liste des Rates, der aus 15 Mitgliedern bestand. Davon waren 3 offenkundige Betrüger, 5 bis 7 Lobbyisten konkreter kommerzieller Unternehmen und nur 2 bis 3 Leute, die ich als Experten bezeichnen würde. Also die Gefahr, betrogen zu werden, existiert, und es ist notwendig zu begreifen, dass Bürgerbeteiligung ein zweischneidiges Schwert ist, solange es keine klare Prozedur gibt, und diese nicht verständlich, transparent und mit konkreten Normen versehen ist, die vor unredlichem Verhalten auf beiden Seiten schützen.

In Bezug auf gesellschaftliche Organisationen und Verbände ist in erster Linie die Konsolidierung wichtig. Tatsächlich prägt die kollektive Lösung bestehender Aufgaben und Ziele die Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Daher sind für zivilgesellschaftliche Aktivitäten nicht nur die Mechanismen der Interaktion mit den Behörden wichtig, sondern auch die Struktur der Zivilgesellschaft selbst.

Ich gebe nicht gern Ratschläge, aber es gibt eine einfache Maxime: Jeder macht das, was er kann. Es gibt nicht den einen richtigen Weg. Zum Beispiel im Kampf um die Grünflächen verfolgten wir eine grundsätzliche Linie. Wir strebten an, die Gesetzgebung zu ändern, dem verständlichen Ziel folgend, transparente Spielregeln zu etablieren, damit nicht ständig Krieg geführt werden muss, sondern der Beamte für das Wohl der Gesellschaft arbeitet. Und ich denke, dass uns das gelungen ist. Solch ein Ziel fordert enorme Anstrengungen. Vor allem müssen wir aber uns selbst ändern. Es gelang uns zu lernen, wie man mit der Gesetzgebung arbeitet, obwohl ich von Beruf Biologe bin und, ehrlich gesagt, bei „Ecom“ nie professionelle Juristen gearbeitet haben.

Genutzt wurden auch Meetings, Aktionen, Briefe und Aufrufe, das ganze Arsenal, das die Bürger sich erlauben konnten, ohne den bestehenden Rechtsrahmen zu überschreiten. Bei diesen Aktionen haben wir mit anderen Gruppen kooperiert: Wir machten nie etwas im Alleingang. Die Grünanlagen schützen wir mit den Einwohnern, die dort leben und die sie brauchen, an die Gerichte wenden wir uns ebenfalls gemeinschaftlich. Dabei ist es notwendig, einen weiten Blick zu haben, wie die Stadt funktionieren und wie die Regierung arbeiten soll. Auch ist es notwendig, mit den unterschiedlichsten Menschen zusammenzuarbeiten, die den gleichen Idealen folgen. Nur dann kann man Ergebnisse erreichen.

> Das Interview führten Jekatarina Glebowa und Fjodor Rachmanow

ANMERKUNGEN

1 „Erneuerung“ (russ. „Renovatija“) ist ein Programm zur komplexen Rekonstruktion von Wohnhäusern der ersten Generation von Massenwohnbauten der sogenannten „Chruschtschowki“ (Anm. d. Red.)



Alexander Karpow | Doktor der Biologie und Direktor der Umwelt-NGO „Ecom“ in St. Petersburg, Experte der Kommission für Stadtwesen und ökologische Fragen der gesetzgebenden Versammlung St. Petersburg. Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Naturwissenschaftler St. Petersburg, sowie Vorstandsmitglied beim „Zentrum für die Weiterentwicklung nichtkommerzieller Organisationen“.

Brigitte Adam | Interview mit Horst Zillesen: Gratwanderung städtebauliche Großprojekte. Zwischen Zustimmung und Ablehnung

Infrastrukturelle oder städtebauliche Großprojekte stoßen häufig auf Widerspruch bei der Bevölkerung. Anwohner befürchten Begleiterscheinungen wie Lärm, Landschaftszerstörung und sinkende Immobilienwerte. Andere protestieren wegen ökologischer Schäden oder des zweifelhaften Einsatzes öffentlicher Gelder. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass Bürgerinnen und Bürger getroffene, rechtlich verbindliche Entscheidungen im Nachhinein in Frage stellen – häufig erst dann, wenn sichtbar wird, dass etwas passiert: beim Baubeginn. Der vor nicht allzu langer Zeit eskalierte Konflikt um Stuttgart 21 hat diese Problematik deutlich vor Augen geführt.

Herr Professor Zillesen, Sie haben weitreichende Erfahrungen im Umgang mit Auseinandersetzungen um Standorte für große Infrastruktureinrichtungen, etwa bei der Erweiterung von Flughäfen. Sie sind in vielen Konfliktfällen als Mediator tätig. Welche Chancen hätte ein Mediationsverfahren für ein Projekt wie Stuttgart 21 eröffnet?

Wenn ein Mediationsverfahren im Stadium der Planung, also lange vor Baubeginn, durchgeführt worden wäre, hätte es den Entscheidungsprozess für die Interessen und Belange derer geöffnet, die als Nutzer, Anwohner und interessierte Bürgerinnen und Bürger von dem Projekt betroffen sind oder sich mit ihren Erfahrungen und Problemsichten einbringen wollen. D.h. es hätte durch Mediation einerseits die Chance bestanden, das Know how und das Erfahrungswissen der zum Engagement bereiten Bürgerinnen und Bürger für den Entscheidungsprozess zu nutzen, neue Problemsichten und auch Lösungsmöglichkeiten für einen Interessenausgleich zu entdecken. Andererseits wären Voraussetzungen geschaffen worden, schon durch die Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen auf der Verfahrensebene die Zustimmungsfähigkeit des Ergebnisses zu erhöhen.

Das Baugesetzbuch geht mit seinen Bestimmungen zur zweistufigen Öffentlichkeitsbeteiligung über die Vorschriften der Verwaltungsverfahren hinaus, die den Entscheidungsprozessen der Fachplanungen (z.B. Verkehrsinfrastruktur oder Energieversorgung) zugrunde liegen. Dennoch wird auch im BauGB nur ein Rahmen vorgegeben, der so oder anders ausgefüllt werden kann. Spielraum besteht darin, wie Erörterung und Unterrichtung konkret vor Ort organisiert werden und wie umfassend die Auswahl sich wesentlich unterscheidender Lösungen aussieht. Wo liegen nach Ihrer Ansicht die Grenzen der förmlichen Verfahren und wie können sie überwunden werden?

Die förmlichen Verfahren krankten oft daran, dass sie nur durchgeführt werden, um der Form zu genügen, bestenfalls mit der Absicht, das, was die Verwaltung vorberaten und vorentschieden hat, zustimmungsfähig zu machen, ohne dass deren Abwägungskriterien transparent gemacht werden müssen. Sie sind – vom Ergebnis her betrachtet – meist nicht so entscheidungs offen, dass sich für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger eine Beteiligung wirklich lohnt. Es kommt also darauf an, die „förmlichen Verfahren“ dann zu beginnen, wenn noch die nötige Entscheidungsoffenheit gegeben ist. Sinnvoll wäre auch, die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter in der Vorbereitung und Gestaltung der „Erörterungstermine“ noch besser zu schulen.

Speziell zu den Mediationsverfahren als Ergänzung oder Anreicherung der formal vorgeschriebenen Beteiligung: Ein Mediationsverfahren bedarf einer reflektierten Vorbereitung, mit dem Ziel, alle Interessenvertreterinnen und -vertreter einzubinden. Wie gelingt das?

Ein wesentlicher Schritt bei der Vorbereitung eines Mediationsverfahrens besteht darin, dass das Mediationsteam Vorgespräche mit den bekannten Interessengruppen führt, um ihnen den Sinn und Zweck sowie den Ablauf des Verfahrens zu erklären und ihre besonderen Verfahrensinteressen aufzunehmen, das Konsensprinzip zu erläutern, ihnen die Bedeutung ihrer Beteiligung klar zu machen und – nicht zuletzt – mit ihnen abzustimmen, wer noch an der Mediation zu beteiligen ist, damit eine konsensual erarbeitete Problemlösung auch umsetzungsfähig gemacht werden kann.

Stellt sich das Problem, unorganisierte Interessen nicht angemessen berücksichtigen zu können? Oder anders gefragt: Können einzelne, starke Interessengruppen eine selektive Lobby entwickeln, die dem „Allgemeinwohl“ entgegenwirkt, das ja in einem definierten Rahmen die Betroffenheit einzelner Partial-Interessen rechtfertigt?

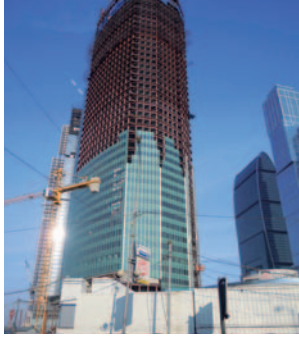
Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass das „Allgemeinwohl“ keine im Vorhinein feststehende Größe ist, sondern stets Ergebnis eines Abwägungsprozesses im Hinblick auf ein konkretes, zu lösendes Problem darstellt. Je offener dieser Abwägungsprozess gestaltet wird, je weniger von Verwaltung und Politik vorentschieden wird, je weniger also auch „starke Interessengruppen“ diesen Abwägungsprozess dominieren können, umso mehr kann dann auch von „Allgemeinwohl“ gesprochen werden. In der Mediation verhindert das Konsensprinzip, dass Partialinteressen sich einseitig durchsetzen können. Wir haben daher Vorgehensweisen entwickelt und erprobt (z.B. bei dem fast fünfjährigen Mediationsverfahren zur Ausbauplanung des Flughafens Wien-Schwechat), durch die selbst bei Großveranstaltungen mit mehr als 300 Beteiligten den „unorganisierten“ Interessen eine intensive und problemorientierte Kommunikation und Beratung ermöglicht wird.

„Je weniger von Verwaltung und Politik vorentschieden wird“ – hier möchte ich noch einmal einhaken: Wie verhält sich die planende Verwaltung, wenn sie von den Vorteilen eines konzipierten Großprojekts überzeugt ist, etwa weil es als ein „Muss“ im internationalen Standortwettbewerb erscheint, weil es die Möglichkeit eröffnet, Brachen in innerstädtischen Bereichen wiederzunutzen oder – wie in Stuttgart – innerstädtische Flächen hinzuzugewinnen und auf den Markt bringen zu können?

Seitens Stadtentwicklung und Stadtplanung können durchaus zunächst Ideen zu Papier gebracht werden. Noch besser wäre es, sie durch Ergebnisse eines lokalen Ideenwettbewerbs anzureichern, an dem sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Es sind viele interessiert, sich mit ihren Vorschlägen einbringen zu können. Es gibt zudem die Möglichkeit einer Open-Space-Veranstaltung. Das sind Veranstaltungen, bei denen die verschiedenen Vorschläge in einem großen Raum an Pinnwänden angebracht sind und die Bevölkerung, die eingeladen ist, angeregt wird, sich Gedanken zu machen und die vorgelegten Ideen zu kommentieren. Auf diese Weise kann die Verwaltung auf der einen Seite ihre Offenheit gegenüber der Bevölkerung und gegenüber ihren Vorschlägen dokumentieren, auf der anderen Seite aber klar machen, dass ein ernsthafter Planungsprozess im Gang ist. Wir als Mediatorenteam sind bereit, möglichst viele Ideen und Vorschläge aus der Bevölkerung aufzunehmen, die dann von der Verwaltung weiter verarbeitet werden. Wird eine Menge gegensätzlicher Vorschläge eingebracht, kann sich die Verwaltung überlegen, ergänzende Verfahren zur Entscheidungsfindung heranzuziehen, etwa den Einsatz einer „Planungszelle“¹. Die Stadt Köln plant ein solches Verfahren beim Wiederaufbau des 2009 zum Einsturz gekommenen Bereichs um das Stadtarchiv.

Die „Offene Planung“, die sie hier beschreiben, kann als Erfolgsfaktor gelten. Erfahrungen mit Großprojekten sprechen dafür, dass diese Offenheit im wahrsten Sinne des Wortes nicht verbaut werden sollte. Ein Vergleich europäischer Vorhaben zur Umwandlung innerstädtischer Gebiete zu repräsentativen Orten für Büronutzungen, Gastronomie, Entertainment und Wohnen (wie z.B. die Hafencity Hamburg, der Medienhafen Düsseldorf oder eben auch Stuttgart 21) hat gezeigt, dass die ausländischen Vorhaben vom städtebaulichen und Nutzungskonzept her häufig offener sind als einzelne Vorhaben in deutschen Städten. Offene Konzeptionen sind flexibel und dadurch anpassungsfähiger oder korrekturfreundlicher²: Zurück zu den Entscheidungsverfahren im engeren Sinne: Können Stadt und Investoren durch den Einsatz und die Ausgestaltung offener und umfassender Planungsverfahren zu recht mehr Planungssicherheit erwarten?

Entscheidungen, die von vielen mitgetragen werden, sind leichter und reibungsloser umzusetzen – so wie beispielsweise die Ergebnisse unseres Mediationsverfahrens zum Ausbau des Flughafens in Wien. Alle Beteiligten haben einen zivilrechtlichen Vertrag unterzeichnet, durch den sie sich verpflichten, die im Mediationsverfahren erzielten Ergebnisse umzusetzen und nicht dagegen zu klagen. Es gibt einen Vertrag zwischen den Gemeinden, die betroffen und klageberechtigt sind. Die Bür-



Neues Finanzzentrum in Moskau



Rekonstruktion von Wohnhäusern in St.Petersburg

gerinitiativen sind unserem Vorschlag gefolgt, eine Dachorganisation zu bilden. Bürgerinitiativen sind an sich nicht rechtsfähig und damit kein Vertragspartner mit gleichen Verbindlichkeiten. Ein Dachverband dagegen ist eine vertragsfähige Organisation. Natürlich verbleibt das individuelle Klagerecht jeder Bürgerin und jedes Bürgers, wenn die eigene Betroffenheit nachgewiesen werden kann, aber der Richter wird prüfen, ob Grund zur Klage besteht; etwa, weil die Interessen der Kläger in dem Entscheidungsverfahren nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Und das wird im Fall Wien angesichts dieses umfangreichen und auch aufwendigen Verfahrens schwer zu belegen sein.

Also ist Ihrer Ansicht nach Planungssicherheit kein überholter Anspruch. Aber wird es nicht immer schwieriger, längerfristig zustimmungsfähige Entscheidungen zu treffen? So komplex, schnelllebig und veränderlich die Interessenlagen sind?

Angesichts der komplexen Lebenswirklichkeiten der Industriegesellschaft, in die jede Planung heutzutage eingreift, sowie der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten des Internetzeitalters ist es bei absehbar kontroversen Projekten, zu denen Großprojekte wohl stets zu zählen sind, äußerst unwahrscheinlich, dass es eine Planungssicherheit ohne eine „vernünftige“ Bürgerbeteiligung geben wird. „Vernünftig“ ist hier dadurch definiert, dass Bürgerbeteiligung frühzeitig vor der „formal getroffenen Entscheidung“ beginnt und deren Inhalt tatsächlich auch noch mit gestaltet werden kann. In Mediation ausgebildete und geschulte Mitarbeiter der planenden Verwaltung wären bei der Vorbereitung solcher Entscheidungen sicher hilfreich, weil sie einen konstruktiven Umgang mit Ängsten und Widerständen, die mit Großprojekten in der Regel verbunden sind, gelernt haben.

Herr Professor Zillesen, wie müsste aus Ihrer Sicht ein idealtypisches Planungsverfahren aussehen? Welche Elemente bzw. Verfahrensschritte (formell und informell) müsste ein solches Vorgehen unbedingt enthalten, um den Ansprüchen einer direkten Demokratie zu genügen?

Eine direkte Demokratie ist in einer modernen Massengesellschaft nicht zu verwirklichen, auch wenn die technischen Möglichkeiten einer massenhaften Kommunikation heute gegeben wären. Aber der direkten Demokratie mit ihren Ja / Nein-

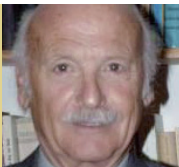
Entscheidungen mangelt es an den oft zeitintensiven Kommunikations- und Beratungsprozessen, der interessenorientierten Abwägung des Für und Wider und insbesondere des „Wie“ einer zu treffenden Entscheidung mit den Vertreterinnen und Vertretern der davon Betroffenen (und das sind in diesem Fall nicht die gewählten „Volksvertreter“). Damit aber sind genau die Elemente und Verfahrensschritte angesprochen, die aus meiner Sicht ein „idealtypisches Planungsverfahren“ kennzeichnen müssen. Es geht um Lernprozesse: Diskutieren, Abwägen und Alternativen entwickeln, andere Interessen erfahren und zu gemeinschaftlichen Ergebnissen kommen. Der Einzelne oder eine einzelne Gruppe wird zurückstecken, und einsehen, anfängliche persönliche Interessen nicht zu 100 Prozent realisieren zu können, weil durch den Beteiligungsprozess für alle offenkundig geworden ist, dass sehr unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen sind. Die Konzentration auf ein Ergebnis ist für die Verhandlungen entscheidend: Allen Beteiligten muss klar sein, dass am Ende eine Entscheidung stehen muss.

> Das Interview führte Dr. Brigitte Adam, IfR, BBSR Bonn

ANMERKUNGEN

- 1 Bei der Planungszelle handelt es sich um ein Bürgerbeteiligungsverfahren, bei dem die Beteiligten (um die 25 Personen) nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Sie werden für ca. eine Woche freigestellt, um an einem Planungsproblem zu arbeiten.
- 2 Ähnliche Einschätzungen liefert der Bericht „Stadtentwicklung und Image. Städtebauliche Großprojekte in Metropolräumen“, der voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in der Schriftenreihe „Forschung“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erscheint.

>>> Das Interview ist erstmals erschienen in RaumPlanung. Zeitschrift für räumliche Planung und Forschung, Ausgabe 156 / 157 Juni / August 2011.



Prof. Dr. Horst Zillesen | Dipl.-Kaufmann, Mediator, Moderator und Trainer; Gründungsvorsitzender der Rhein-Ruhr-Aktion gegen Umweltzerstörung sowie des Bundesverbands Bürgerinitiative Umweltschutz (BBU). Seit 1993 Geschäftsführer der MEDIATOR GmbH.

STÄDTISCHE BÜRGER*initiativen*



Die stetige Intensivierung von Beteiligungsverfahren in den vergangenen Jahrzehnten hat nicht ausreichend zu einer Bürgerorientierung beigetragen: Stadtplanung wird weiterhin als weit entferntes Expertensystem empfunden. Eine kommunikative Planungskultur, die Bürger an Planungsprozessen beteiligt und Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement schafft, liegt noch in weiter Ferne. Der Beitrag plädiert für ein breites Verständnis von Beteiligung, das ganz unterschiedliche öffentlich initiierte und zivilgesellschaftliche Aktivitäten einschließt.

Der Ausdifferenzierung und Pluralisierung moderner Stadtgesellschaften und ihrer Stadtentwicklungsaufgaben sollte mit einer Vervielfachung von Partizipationen begegnet werden, die nicht-hierarchisch, sondern polyzentrisch und netzwerkförmig organisiert sind. Damit geht es nicht nur um eine instrumentelle Bereicherung der Planung, sondern um den Weg zu einer offenen und kreativen Stadtentwicklung. Dieses Denkmodell wird dargestellt anhand von Beispielen aus der Forschung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus.

Grundeinschätzung: Inselbeteiligung

Trotz intensiver Diskussionen auf theoretischer Ebene und vieler guter Beispiele ist in der Stadtentwicklung in deutschen Städten in der Breite nur eine recht schwach ausgeprägte Beteiligungskultur festzustellen. Immer noch wird die Beteiligung der Öffentlichkeit an Planungsprozessen zu oft als „lästige Pflicht“ empfunden – und entsprechend unambitioniert umgesetzt. Angesichts des breit vorgetragenen Postulates einer Übergabe von Verantwortung an die Zivilgesellschaft wirken die als Pflichtübung abgespulten Abendveranstaltungen unpassend.

Nur wenigen Kommunen gelingt es, die klassischen Probleme solcher Bürgerbeteiligung zu überwinden: geringe Resonanz, fehlende Informiertheit, Oberflächlichkeit, soziale Selektivität, Dominanz organisationsstarker Interessen, Engagement erst bei Betroffenheit und vielfach zu spät, stark polarisierte und kaum mehr überbrückbare Meinungsunterschiede. Am Beispiel von Großprojekten lässt sich zeigen, dass auch die Funktion von Beteiligung als Frühwarnsystem durch bestehende Instrumente nicht erfüllt wird. So kann trotz langjähriger Anwendung in der Praxis ein Vollzugsdefizit festgestellt werden, das sich weniger auf einen Mangel an rechtlichen Vorgaben oder an erprobten Methoden bezieht, sondern auf ein zu enges Verständnis von Beteiligung, auf Verständigungsschwierigkeiten zwischen Akteuren und Ver-

waltung und auf die fehlende Bindungswirkung von Anregungen in der Umsetzung (vgl. hierzu auch Schröder 2010).

Es kommt zu einer „Negativspirale“, die sich kontinuierlich nach unten dreht und zwischen Verwaltung und Bürgern selten mehr als die Selbstbestätigung von gerne gepflegten Vorurteilen zulässt. Bürgerbeteiligung in Deutschland leidet unter verinselten Aktivitäten, unverbundenen Veranstaltungen mit eher weniger als mehr Anschluss an die planerischen Verfahren der Verwaltung. Klages (2009: 6) konstatiert: „Es fehlt ... meist noch an einem Grundverständnis dafür, dass Bürgerbeteiligung einer ‚Institutionalisierung‘ bedarf, die ihr eine Dauerpräsenz und in Verbindung damit eine fortwährende Wirkung sichern würde.“ Bürgerbeteiligung sollte also als Daueraufgabe verstanden werden. Doch überlastet man damit nicht die ohnehin immer mehr zurückgehenden Kapazitäten kommunaler Verwaltungen?

Von vielen Inseln zum Archipel

Vielleicht ist auch die Richtung unserer Frage falsch und verleitet zu Negativ-Einschätzungen. Seit Jahrzehnten suchen wir nach Methoden, die möglichst viele Bürger mitnehmen und deren Meinungen möglichst weitgehend in die Planungen übertragen. Dies gelingt – so die oben entwickelte Diagnose – mal besser mal schlechter, jedenfalls aber in der Breite eher unbefriedigend (weil extrem selektiv) und bei wichtigen und / oder großen Projekten schon gar nicht. Sollte man da nicht vielleicht die Frage umdrehen – und einmal aus der Richtung der Bürger schauen? Dann würde man Beteiligung nicht so instrumentell und ausschließlich auf Stadtplanung gerichtet verstehen, sondern umfassender: als allerlei alltägliche und außergewöhnliche Aktivitäten, mit denen die Bürger an Stadt teilhaben. Aus einer von oben betriebenen Beteiligung an den formellen und informellen Prozessen der Stadtplanung würden praktische und virtuelle, öffentliche und persönliche, diskursive und performative Partizipationen an Stadtentwicklung. In diesem Sinne formuliert auch Klaus Selle: „Partizipation wird in der Fachdiskussion fast durchweg noch mit ‚Teilhabe an öffentlichen Planungsprozessen‘ gleichgesetzt. Eben das ist aber ...nur ein kleiner Ausschnitt tatsächlicher Teilhabe.“ (Selle 2010: 3) Aus dieser neuen Perspektive sind Bürger nicht nur Beteiligte, sondern Mitproduzenten von Stadt. Aus einem störischen und oft nicht auffindbaren Adressaten würde ein in seinem Eigensinn akzeptierter Akteur der Stadtentwicklung. Hieraus entstehen vielfältige Potenziale, denn immer mehr Bürger sind durchaus erfinderisch, wenn sie selbstbestimmt ihre Raumforderungen umsetzen können.

Diese Sicht findet Unterstützung in aktuellen Überlegungen der Politikwissenschaft. Dort wurde lange Zeit die abnehmende „Responsivität“ der Politik auf gesellschaftliche Missstände bedauert – und so möglicherweise die Weiterentwicklung der



Nischnij Nowgorod

Demokratie jenseits ihres klassischen Institutionengefüges unterschätzt. „Doch die Demokratie des beginnenden 21. Jahrhunderts ist nicht mehr diejenige, die nach dem Zweiten Weltkrieg begründet worden ist. Die westlichen Gesellschaften haben sich rapide gewandelt und mit ihnen das Arsenal demokratischer Partizipation und Legitimation. ... Die Demokratie ist zu einem komplexen Gefüge verschiedener Handlungsformen und institutioneller Arrangements geworden, zu einer multiplen Demokratie.“ (Nolte 2011: 7 ff.) Eine solche multiple städtische Demokratie umfasst also die vielen ganz unterschiedlichen Mitsprache- und Mitgestaltungsaktivitäten der Bürger. „Zielten formalisierte Verfahren direkt auf die Entscheidungen des Staates, so richten sich die neuen Beteiligungsformen mehr auf eine bürgerschaftliche Aneignung des Politischen.“ (Jörke 2011: 14) Eine dieser Feststellung angemessene Bürgerbeteiligung müsste von einer Parallelität dieser Formen hin zu einem echten „Mehrfachdialog“ kommen, dessen Einzelaktivitäten strategisch verknüpft werden. Dies wäre die zentrale Aufgabe von Stadtentwicklern im Umgang mit den multiplen Öffentlichkeiten der Stadt, mit ihren Interessen und Kompetenzen. Es geht also nicht um ein Entweder-Oder von staatlich oder privat initiierten Beteiligungen, sondern um ein Sowohl-als-auch. Und es könnte ein Resonanzraum entstehen, in dem Paralleldiskussionen immer wieder in Beziehung zueinander und zu konkreten Planungsentscheidungen gesetzt und so große Teile der Bevölkerung für Stadtentwicklungsfragen, ihre Komplexität und Widersprüchlichkeit, sensibilisiert würden.

In ähnlicher Richtung hat bereits vor einiger Zeit Ilse Helbrecht argumentiert, als sie neue Formen der Bürgerbeteiligung für multiple und kreative Öffentlichkeiten forderte (vgl. Helbrecht 1996: 153 ff.). Diese beinhalten dann projektbezogene Beteiligungsangebote, Stadtforen und Stadtentwicklungsdiskurse, informelle Abstimmungen und Netzwerkarbeit, ebenso wie Events und Aktionen, Ausstellungen und Presseberichte. Und über diese Formate hinaus wäre nun auch die Raumaneignung und -gestaltung von Bürgern mitzudenken.



Stadtnutzung



Ökologische Initiative in Russland

Bausteine einer multiplen Beteiligungskultur

Stadtverwaltungen werden durch diese Sichtweise in gewisser Weise entlastet, weil sie sich von der Vorstellung verabschieden können, alleine für strukturelle und funktionale Arrangements städtischer Räume zuständig zu sein. Zwar sehnt sich vielleicht so mancher zurück in bessere Zeiten, als Autorität noch etwas galt, als der Planer noch plante und die Stadt nach seinem Entwurf entstand. Doch diese heroische Methode greift heute nur selten (falls dies überhaupt jemals so war). Öffentliche Akteure geben lediglich einen Impuls unter vielen, die auf die Entwicklung der Städte einwirken. Und geraten so in die Welt des Aushandelns, Vereinbarens, Ermöglichens. Dort aber – in dieser Welt – muss man die Erfahrungen und Identitäten der anderen Akteure, ihre kulturelle Vielfalt und Unterschiedlichkeit anerkennen. Geht man mit zu pauschalen Urteilen in Projekte, so ist ein Scheitern vorprogrammiert.

Wie kann eine solche neue Stadtentwicklungspolitik aussehen? Baecker (2011: 20) beschreibt sie so: „Der Streit, die Differenz und der Prozess sind die drei Elemente der good governance. Der Streit muss gesucht werden, weil nur er die Vielfalt des Sachverhalts abbilden kann. Die Differenz der beteiligten Ansichten und Meinungen muss gepflegt werden, weil nur über sie alle relevanten Beteiligten abgeholt und eingebunden werden können. Und der Prozess ist unvermeidbar, weil nur er die Offenheit des Anfangs mit der Wählbarkeit des Endes kreativ und partizipativ zu verknüpfen vermag.“ Akzeptiert man dies auch als Gelingensbedingung von Partizipationen, dann kann durch gezielte Kommunikation mit den multiplen städtischen Öffentlichkeiten die planerische Suche nach Problemlösungen verbessert werden. Verwaltung wird nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Ihre Aufgabe ist es nun, Resonanzfelder aufzubauen, die in den vielfältigen Partizipationen öfter als bisher verwertbare Informationen („Sinn“) erzeugen und die festen oder lockeren Diskurse der städtischen Teilöffentlichkeiten bis zur Entscheidungsrelevanz zu verdichten.

Im Folgenden sollen anhand einiger Beispiele Richtungen zukünftiger Bürgerbeteiligung angedeutet werden. Aus dem oben Gesagten ist klar geworden, dass diese nicht nur aus solchen neuen Formen bestehen wird, sondern aus einem breiten Spektrum verschiedener Themen und Formate, mit denen Planungsverwaltung und Zivilgesellschaft ihre Kommunikationen intensivieren können.

Bürgerschaftliche Ideenentwicklung nexthamburg

Ein zentrales Problem traditioneller Bürgerbeteiligung liegt schon ganz zu Beginn jeder Planung, in der Phase Null, wenn Experten aus den vielen Fakten des städtischen Alltags ein Planungsproblem konstruieren. „Derjenige, der das Vorhandensein eines Übelstandes zum ersten Mal formuliert, legt schon die Art seiner Bekämpfung fest.“ (Burckhardt, Lucius o. J.: 78; vgl. auch Schönwandt, Walter 2011: 292 ff.) Wie können also Bürger die Möglichkeit erhalten, frühzeitig kompetente Fragestellungen zu formulieren und Ideen zu deren Lösung vorschlagen? In einem Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Hamburg wird versucht, in dieser Hinsicht neue Wege zu gehen. Bislang sind es nahezu immer staatliche Stellen, die die Beteiligung und Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure an Stadtentwicklung organisieren und damit letztlich auch deren Ziele und Richtung steuern. Es fehlt an einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung im Sinne einer bürgerschaftlichen Planungskultur.

In der Stadtforschung wird deshalb nach Modellen gesucht, die es den städtischen Teilöffentlichkeiten ermöglichen, sich ohne staatliche Einflussnahme selbständig zu organisieren und Meinungen zu bilden. In einem Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird derzeit ein solches Modell erprobt und vom BBSR begleitet. Dabei übernimmt die unabhängig betriebene Plattform Nexthamburg die Rolle eines „öffentlichen Labors“, das abseits der Zwänge des politischen Alltagsgeschäfts nach den Zukunftsfragen der Stadtentwicklung sucht. Nexthamburg lädt die Öffentlichkeit ein, im Internet und im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Nexthamburg-Sessions über Stadtentwicklung nachzudenken und Ideen und Anregungen zu formulieren. Wichtige Grundbedingung ist dabei die Bereitstellung von Wissen über das aktuelle Geschehen, über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Stadtentwicklung. So wird eine qualifizierte Diskussion über die Zukunft der Stadt möglich. Pro- und Contra-Meinungen zu aktuellen Projekten und Themen werden bei Nexthamburg auf einer Internet-Plattform sichtbar und diskutierbar gemacht. Projektideen, die auf besonders viel Zuspruch stoßen, entwickeln die bürgerschaftlichen Initiatoren zusammen mit Fach-Experten und dem Nexthamburg-Projektteam weiter. In Hamburg entsteht so eine Denkfabrik, die Bürgerwünschen und -ideen eine Plattform bietet. So sollen Impulse für Hamburgs Stadtentwicklung gegeben werden – und aus Ideen vielleicht sogar eines Tages umgesetzte Projekte werden. Was haben die Bürger vorgeschlagen? Es waren so unterschiedliche Visionen wie ein Fahrradschnellstraßen-Netz oder ein „Leerstandsmelder“, der kreative Zwischennutzungen verlassener Gebäude ermöglicht. Nexthamburg steht als Vorbild weniger für die – manchmal auch überschätzte – Bürgerbeteiligung im Internet, sondern als Vorreiter einer offenen bürgerschaftlichen Wunschproduktion, mit der entscheidungsrelevante Problem- und Möglichkeitswahrnehmungen der Bürger sichtbar gemacht und gegenüber der Politik überzeugend thematisiert werden können.

Bürger übernehmen Verantwortung: Lesezeichen Magdeburg

Ein weiterer entscheidender Baustein neuer Beteiligungskulturen ist die stetige Einbeziehung der Bürger in die Planung und Umsetzung konkreter Projekte. Hier stehen beide Gruppen zunächst vor Schwierigkeiten, denn „die verschiedenen Akteure in partizipativen Prozessen kommunizieren ... aus fremden Welten miteinander und sind gezwungen, ihre Sinngebungen zu vergleichen. ... Fachspezialisten sind reich an ‚objektivem‘ Wissen, die Betroffenen hingegen reich an ‚subjektiven‘ Geschichten und Empfindungen“ (Scarpa 2010: 266). Wenn es gelingt, durch narrative Strategien diese Welten zusammen zu bringen und eine gemeinsame Sprache zu finden, dann können Bürger und Planer Projekte entwerfen und umsetzen.

Hohe Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsrückgang und bis zu 80 Prozent Leerstand sind nur einige der statistischen Daten, die den Stadtteil Magdeburg-Salbke und seine Umgebung beschreiben. Eine solche Stagnation zieht die Schließung von Läden, sozialen und kulturellen Einrichtungen nach sich – von Orten also, an denen Öffentlichkeit und Gemeinschaft stattfinden. Ausgangspunkt der Entwicklung des Lesezeichens war eine Aktion im Rahmen des Stadtumbau-Programms im Jahr 2005. Auf dem Salbker Anger, der seit dem Abriss der Ortsbibliothek in den 1980er-Jahren den Charme einer Verkehrsinsel ausstrahlte, schufen Anwohner und ein junges Architektenteam aus 1.000 Bierkisten ein neues Gebäude. Dadurch wurde eine Idee lebendig, die so große Begeisterung auslöste, dass sie durch den folgenden – teils durchaus zähen – Prozess hindurch tragfähig blieb. Aus dem Event als Gründungs-Mythos entstand ein ungewöhnlicher Ort, eine öffentliche Freiraum-Bibliothek mit integrierter Bühne als Möglichkeitsraum, der viele Generationen anspricht. Rein funktional schirmt das Gebäude Sitzgelegenheiten und Rasenfläche zur Straße hin ab. Emotional ist es zu einem funkelnden Stück Identität geworden, das fast jeden für sich einnimmt. Ein Zeichen des Aufbruchs! Denn aus der ursprünglichen Planungsaktion entstand auch ein Bürgerverein. Dieser richtete zuerst die informelle Bibliothek ein, das jetzige Lesecafé. Heute betreibt der Verein das gesamte Lesezeichen und ermöglicht so Schulunterricht, Konzerte, Open-Air-Gottesdienste und Lesungen: ein Knotenpunkt im gesellschaftlichen Netz des Stadtteils. (vgl. hierzu: BMVBS (Hg.), urbanizers / BBSR (Bearbeiter) 2010) Das Projekt aus Magdeburg zeigt eine „deep participation“, an der „Bürger nicht nur beteiligt sind, sondern aktiv den Prozess und das Ergebnis mitbestimmen.“ (Ipsen 2010: 245) Und es beweist, wie wichtig gemeinsam mit den städtischen Öffentlichkeiten erzählte Geschichten sind, um die Welten von Bürgern und Experten dauerhaft zu verbinden. (vgl. hierzu Willinger 1995)

Bürgerbeteiligung als Selber machen: Jugend macht Stadt

Dem oben beschriebenen Begriffsverständnis zufolge sollten die vielfältigen stadtentwicklungswirksamen Aktivitäten von Bürgern als Partizipationen an Stadtent-



Proteste gegen die Erschließung von Nickel-Vorkommen im Gebiet Woronesch

wicklung verstanden werden. So können auch aus den sogenannten „beteiligungsfernen“ Gruppen interessante Akteure der Stadtentwicklung werden. Seit zwei Jahren initiiert das BBSR Projekte, in denen Jugendliche Stadt aktiv umgestalten, als kreative Raumpioniere neue Stadtentwicklungsstrategien erproben und so alternative Formen des gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens verbinden. Jugendliche beleben als Hauptnutzer des öffentlichen Raums Zentren und Quartiere durch sportliche Aktivitäten und Musikkonsum – und durch ihr auffälliges Verhalten. Städte und Kommunen tun sich in der Regel schwer, ihre Raumansprüche zu berücksichtigen. Da Jugendliche dynamische, flexible und temporäre Räume bevorzugen, die in den üblichen Kategorien der Stadtplanung keine Entsprechung finden, fehlt es an Strategien, sie systematisch einzubeziehen. Doch über angemessene Beteiligungsmöglichkeiten können gerade bei Jugendlichen Engagement gestärkt und Projekte ermöglicht werden, die die Stadtentwicklung bereichern. Kommunikationsangebote der Kommune werden dann attraktiv, wenn das Thema Bezug zu ihren Alltagsproblemen hat und wenn das eigene Handeln auch greifbare Wirkungen erwarten lässt. Alle Projekte haben daher gemeinsam, dass sie über klassische Vorstellungen von Bürgerbeteiligung hinausgehen. So wurde mit Fondsmodellen experimentiert, bei denen Jugendliche in Eigenregie und mit eigenen Finanzmitteln Projekte realisieren können. Es zeigte sich, dass Jugendliche pragmatisch und konstruktiv Stadt entwickeln. Sie kennen die technischen Details über den Bau von Dirtbike-Strecken, finden geeignete Orte zur Installation von Parkour-Elementen und wissen, an welchen Plätzen mobile Tanzbühnen aufgestellt werden können. Über die Projektauswahl entschieden Jugendjürs, in denen die Qualitäten und Realisierungschancen der einzelnen Projekte diskutiert wurden. So wurden Kompetenzen vertieft, die jugendliche „Kultur des Bastelns“ traf auf die Gestaltungsvorstellungen der Planer, es kam zu spannenden Prozessen – mit Lerneffekten auf beiden Seiten (vgl. BMVBS (Hg.) 2010). In weiteren Modellvorhaben wird nun untersucht, ob eine selbstständige Raumaneignung durch Jugendliche nicht nur bei öffentlichen Räumen, sondern auch bei Gebäuden möglich ist. Und bereits in der Startphase dieses Forschungsfeldes „Jugend belebt Leerstand“ zeigt sich, dass die jungen Menschen auch hier „Stadt selber machen“ können – weit über eine Beteiligung an den Verfahren der Stadtplaner hinaus und weit näher an ihrer Eigeninitiative und ihren spezifischen Be-



Kunstprojekt in Berlin 2011

dürfnissen. Sie kaufen oder mieten leerstehende Immobilien oder vereinbaren mit Eigentümern und Verwaltung Nutzungsrechte. Dort richten sie sich Freizeiträume ein, eröffnen Cafés und Läden. Durch diese selbstorganisierten Nutzungen sind Jugend-Bauten nicht isoliert zu betrachten, sie sind eng verknüpft mit ihrem räumlichen Umfeld, dem Stadtquartier. Solche Orte können allerdings nur dann entstehen, wenn von der Stadtplanung günstige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine nachhaltig jugendgerechte Stadtentwicklung kann nicht auf einzelne Projekte beschränkt bleiben, sondern muss strategische Schritte für eine Öffnung von Gebäuden und Räumen für die verschiedensten Nutzer mit bedenken. Bürgerbeteiligung mit Jugendlichen gewinnt hier, was bürgerschaftliches Engagement in anderen gesellschaftlichen Feldern so attraktiv macht (und was in der Stadtplanung so oft fehlt): das Spüren von Selbst-Wirksamkeit, die Befriedigung durch ein sichtbares Ergebnis. Nicht zuletzt konnte die oben genannte Negativspirale gestoppt werden. Die bunte und spielerische – wenngleich nicht weniger ernst gemeinte – Stadtentwicklung der Jugendlichen verzauberte viele Entscheidungsträger, die es in einer Bürgerbeteiligung auf einmal nicht nur mit lustlosen Erwachsenen zu tun hatten. Aus einer einmaligen Beteiligung entstanden Ansätze einer neuen offenen Haltung: Beteiligungskultur.

Stadtentwicklung der offenen Quellen

Solche Instrumente zur Förderung des kreativen Engagements der Zivilgesellschaft sind kein Luxus. Sie sind ein elementarer Baustein städtischer Partizipationen. Wenn Stadtentwicklung sich stärker an den Selbstorganisationskräften der Bürger orientiert, kann ein neues Gleichgewicht entstehen, indem neben den professionellen Inputs von Investoren und institutionellen Akteuren auch zivilgesellschaftliche Einflussnahme ermöglicht wird. Bürgerbeteiligung in diesem umfassenden Sinne „muss ... an allen strategischen Punkten des Prozesses des öffentlichen Entscheidens stattfinden“ (Klages: 12). Stadtentwicklungspolitik braucht daher einen qualifizierten strategischen Dialog mit der Zivilgesellschaft als Grundlage zukunftsfähiger Planungskultur. Erst dieser Dialog erlaubt einer Stadtverwaltung, sich beim Beobachten zu beobachten, also selbst über ihr Handeln nachzudenken. Nur so kann es ihr

gelingen, sinnvolle Schlüsse aus ihren Erfahrungen und Fehlern zu ziehen und ihre Strategie anzupassen, also: zu lernen.

Ob sich ein solch offenes Planungsverständnis durchsetzen kann, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Ist es für zivilgesellschaftliche Gruppen langfristig motivierend, sich in Stadtentwicklungsprozesse einzumischen? Gelingt es, die Ergebnisse des Engagements anschlussfähig an politische Kalküle und Verwaltungsroutinen zu machen? Können durch neue Formate wirklich „beteiligungsferne“ Gruppen erreicht werden? All dies kann man nicht ex ante wissen. In Impulsprojekten wie den oben Beschriebenen können neue Arbeitsweisen erprobt und Akteursnetzwerke aufgebaut werden. Dann wird nach und nach eine gemeinsam mit der Zivilgesellschaft betriebene Stadtentwicklung möglich, in der bürgerschaftliche Gruppen eine Stimme erhalten und mit wenig Kapital selbst tätig werden. Oder besser: Das Kapital der Bürger sind nicht Geldmittel, sondern eine große Menge Kreativität, Engagement und soziale Netzwerke. In den jüngsten Arbeiten aus der Stadtforschung des BBSR wird deutlich, dass solche multiplen und vernetzten Partizipationen noch lange nicht etabliert sind. Weitere Anstrengungen sind nötig, um Beteiligung und Engagement zu verbinden, und zwar im besten Falle so, dass am Ende beteiligte Bürger herauskommen, die sich ihre Stadt Stück für Stück aneignen und in Eigenverantwortung gestalten können. Mit den bisherigen – durchaus vielfältigen – Formen der kommunalen Bürgerbeteiligung ist es nicht getan. Doch mehr als neue Formalisierungen bedarf es dafür einer flexiblen Beteiligungskultur, die Stadtentwicklung möglichst vielen Bürgern einer Stadt zugänglich macht und der Verwaltung Augen, Ohren und Herzen öffnet.

LITERATUR

- > Baecker, Dirk (2011): Die nächste Stadt. In: build 2 / 2011. Wuppertal
- > BMVBS + BBSR (Hg.) (2009); Deutsches Institut für Urbanistik (Bearbeiter): Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen (=BBSR-Online-Publikation, Nr. 37 / 2009). Berlin
- > BMVBS (Hg.) (2010); plan zwei / BBSR (Bearbeiter): Jugend macht Stadt. Berlin
- > BMVBS (Hg.) (2010), urbanizers / BBSR (Bearbeiter) : Stadtquartiere für Jung und Alt. Bilanz zum ExWoSt-Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“. Berlin
- > Burckhardt, Lucius (o. J.): Wer plant die Planung? S. 78
- > Esser, Josef (2002): Polyzentrische Stadtpolitik – Chancen für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. In: Löw, Martina (Hg.): Differenzierungen des Städtischen. Oplade, S. 255
- > Helbrecht, Ilse (1996): Die halbe Innovation. Diskursive Planung benötigt Öffentlichkeiten. In: Selle, Klaus (Hg.): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft; Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen, Wiesbaden / Berlin, S. 135-160

- > Ipsen, Detlev (2010): Bürgerbeteiligung und konzeptionelle Planung. In: Becker, Elke; Gualini, Enrico; Runkel, Carolin; Strachwitz, Rupert Graf: Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. (= Maecenata Schriften Bd. 6) Stuttgart
- > Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Postdemokratie. (= Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2) Bonn
- > Klages, Helmut; Keppler, R.; Masser, K. (2009): Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie. (= Stiftung Mitarbeit (Hg.): mitarbeiten.skript 04). Bonn
- > Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) Postdemokratie. Bonn
- > Scarpa, Ludovica (2010): Kommunikation und Stadtentwicklung. Für eine Wunschkultur in der Kommunikation. In: Becker, Elke et al., a.a.O
- > Schönwandt, Walter (2011): Probleme als Ausgangspunkt für die Auswahl und den Einsatz von Methoden. In: ARL (Hg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover
- > Schröder, Carolin (2010): Akteure der Stadtteilentwicklung. Wie Verwaltung, Politik und Bürgerschaft Beteiligung definieren. München
- > Selle, Klaus (2010): Gemeinschaftswerk? Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung. Begriffe, Entwicklungen, Wirklichkeiten, Folgerungen. Aachen
- > Willinger, Stephan (1995): Die Narrative Stadtanalyse. Eine experimentelle Planungsmethode. In: RaumPlanung 71, S. 246 – 248

>>> Der Artikel ist erstmals erschienen in RaumPlanung. Zeitschrift für räumliche Planung und Forschung, Ausgabe 156 / 157 Juni / August 2011.



Stephan Willinger | Dipl. Ing. Raumplanung, IfR, BBSR, Projektleiter »Nationale Stadtentwicklungspolitik«, ExWoSt-Forschungsfelder (Jugend-)Beteiligung und Öffentlicher Raum

Die Umweltsituation in den russischen Städten verschlechtert sich. Zu Zeiten der Sowjetunion war noch die Industrie Hauptquelle der Verschmutzung, heute sind auch Transport, Abfall und schwindende Grünflächen zunehmend beteiligt. Und die wichtigste Triebkraft, die die Fehler der Regierungspolitik zu verbessern versucht, sind die Bürgerinitiativen.

Der Umwelt-Außenseiter

In den letzten zehn Jahren hat Russland sehr schlecht auf die eigene Umwelt aufgepasst. Zu diesem Ergebnis sind Wissenschaftler der Yale Universität und der Universität von Columbia gekommen, deren Umweltrating im Januar dieses Jahres in der Financial Times erschienen ist. Die Russische Föderation belegte den letzten (132ten) Platz.

Mehr als die Hälfte (ca. 58 %) der russischen Stadtbevölkerung leidet unter Luftverschmutzung. In den beiden größten russischen Städten Moskau und St. Petersburg sind es 100 %. Und jedes Jahr steigt die Anzahl der Städte mit erhöhter Luftverschmutzung weiter an, wie der im Dezember erschienene Bericht des Ministeriums für natürliche Ressourcen und Ökologie der Russischen Föderation besagt, in dem die Daten für 2010 zusammengestellt wurden.

In vielen Städten leidet die Umwelt unter den großen Industriebetrieben, von denen die Bevölkerung abhängig ist. Diese „stadtbildenden“ Betriebe sind ein Erbe der Sowjetunion und eine wichtige Einnahmequelle für die lokalen Haushalte. Außerdem wachsen in den Metropolen Mülldeponien, schrumpfen Waldflächen und die Anzahl von Autos nimmt zu. Nach Angaben des russischen Umweltministeriums wurden in 2010 40 % der gesamten Schadstoffemissionen durch Verkehr emittiert.

Der Staatskampf um die Stadtevolution

Oft versucht die russische Regierung die Probleme des nachteiligen Stadtlebens mit höchst ambivalenten Maßnahmen zu lösen. So wurde auf Beschluss des ehemaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew ab dem 1. Juli 2012 das Stadtgebiet Moskaus um das Zweieinhalbfache vergrößert, indem Gebiete südlich der Hauptstadt eingemeindet wurden. Der Hauptantrieb für die Entwicklung eines „Großmoskau“ soll die Verlegung der staatlichen Institutionen auf das neue Territorium werden. Laut Medwedew soll dadurch das „alte“ Moskau entlastet werden.

Allerdings wurde dieses ehrgeizige Projekt von Urbanisten und Umweltschützern stark kritisiert. Sie verweisen auf eine komplizierte ökologische Situation der zu Moskau angegliederten Gebiete: die Existenz von Mülldeponien, Lagerstätten für feste Siedlungsabfälle und die Entsorgung von gefährlichen biologischen und nuklearen Abfällen. Experten machen auf den Mangel an Trinkwasser aufmerksam, der die Hauptstadt schon jetzt belastet und der sich mit der Erweiterung ihres Territoriums noch weiter verschärft. Darüber hinaus kann durch den Bau der städtischen Infrastruktur der Grüngürtel der Stadt, bestehend aus Wäldern rund um das „alte“ Moskau und auf dem eingemeindeten Territorium, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Im März dieses Jahres wurde die Erweiterung Moskaus in der Gesellschaftskammer des russischen Parlaments diskutiert. Die Experten der Arbeitsgruppe für Umweltschutz forderten die Behörden auf, die Umweltrisiken im Zusammenhang mit dem Projekt und die Meinung der Moskauer zu berücksichtigen. Laut dem Mitglied der Gesellschaftskammer Bogdan Noworok „hat das Verfahren der öffentlichen Diskussion leider den Charakter einer Deklaration. Unter diesen Bedingungen werden wir es immer zuerst mit einer latenten Unzufriedenheit zu tun haben und danach mit scharfen Auftritten, wie es beim Chimki Wald der Fall war.“

Das Thema Ökologie hat auch für die Regierung von St. Petersburg keine Priorität. Zurzeit wird die Konzeption der sozio-ökonomischen Entwicklung der Stadt bis zum Jahr 2020 entwickelt, die fünf vorrangige Richtungen vorgibt: städtisches Umfeld, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Wohnkomfort und Kultur. Um die Belastung der Verkehrsknoten zu reduzieren, schlagen die Beamten eine Gebühr für das Befahren des Stadtzentrums und ein Parkverbot auf Bürgersteigen vor. Weiter werden ein Rauchverbot auf öffentlichen Plätzen und eine Erweiterung der für Grünflächen vorgesehenen Stadtfläche vorgeschlagen.

Einen gesonderten Punkt „Umwelt“ gibt es innerhalb dieser Prioritäten allerdings nicht. „Nicht, weil die Beamten schlecht sind und nicht an die Umwelt denken. Sie denken an sie und es gibt eine Menge Gute unter ihnen. Nur andere Probleme sind viel komplizierter und verlangen ein sofortiges Handeln, zum Beispiel die Verkehrsstaus, die Parkplatzfrage und die Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs“, sagt Michail Winogradow, Direktor der Agentur „Idee Optima Gruppe“, die die öffentliche Diskussion des Konzepts im Internet betreut.

Virtuelle Aktivität

Mit Hilfe von Internet-Blogs und sozialen Netzwerken haben sich fast 35.000 Bürger an der Diskussion der St. Petersburger „Konzeption 2020“ beteiligt. Somit erhält die Konzeption den Status eines „öffentlichen Dokumentes“. Laut Michail Winogradow



Verfall und Neubau von Wohnraum in Nischnij Nowgorod

„sind die Einwohner tatsächlich zur einer breiten Schicht kompetenter Berater geworden“.

Die Angehörigen der jetzigen Generation sind „Eingeborene der digitalen Welt, die Frage der Online-Präsenz junger Aktivisten stellt sich nicht, für sie ist es ihr Lebensraum“, stellt Tatjana Kargina, die Gründerin des Internetprojekts „EcoWiki“ fest. „EcoWiki“ hat als Aufbewahrungsort begonnen, wo Kargina und ihre umweltinteressierten Freunde alle aktuellen Information zu diesem Thema gelagert haben. Aber bald nahm das Füllen der Website Massencharakter an: Ihre Architektur erlaubte es jedem, eigene Beiträge auf der Website zu posten, die Gründer der Website moderierten nur den Inhalt. Später erstellte „EcoWiki“ eine Mailing-Liste zu den aktuellsten Ereignissen und mit Ankündigungen von Aktivitäten der Umweltbürgerinitiativen. Im Umkreis von „EcoWiki“ bildete sich schnell ein aktives, kompetentes und loyales Auditorium. Zurzeit haben ca. 2000 Menschen den „EcoWiki“-Newsletter abonniert, einige Tausende besuchen die Website täglich. Nach Meinung von Kargina ist das der Kern der russischen Umweltbewegung.

Im Internet sammeln und verbreiten Aktivisten aktuelle Informationen, nehmen an Diskussionen teil, entwickeln Ideen und das Wichtigste: Sie koordinieren ihr Handeln in der realen Welt. Ein Beispiel dafür ist der Marathon „Tu es“ („Делай сам“), der jährlich im Frühling und Herbst die Aktivisten in verschiedenen Städten Russlands zusammen bringt. Auf spielerische Weise gestalten sie das Stadtgebiet und beziehen die lokale Bevölkerung ein. Um die Vorteile der Wiederverwendung von Dingen aufzuzeigen, werden Künstler und Urbanisten im Rahmen des Marathons in St. Petersburg in diesem Jahr das Aussehen eines Hofes verändern, indem Low-Tech-Kunst-Objekte aus Spulen und Modulen integriert werden.

Klein beginnen

In Russland gibt es bis jetzt keine Gesetze, die jeden einzelnen Bürger dazu zwingen würden, an die Umwelt zu denken. Bisher beschränkt sich alles auf Einzelinitiativen. Im Frühling 2011 entstand in Samara das Projekt „BikeFriendly“. Es initiierte die Aus-



Festival „Tu es“, Moskau 2011

arbeitung eines Entwicklungskonzepts für eine Fahrradinfrastruktur der Stadt, dem auch die Stadtverwaltung zugestimmt hat. Das Konzept sieht die Kompetenzerhöhung von Fahrradfahrern hinsichtlich der geltenden Verkehrsregeln und die Schaffung von Fahrradparkplätzen vor. Die Aktivisten gehen davon aus, dass es viele gibt, die gerne einen Fahrradparkplatz bei sich aufstellen würden. „Von zwei Geschäften wird ein Fahrradfahrer jenes auswählen, das ihm die Möglichkeit bietet, sein Fahrrad sicher abzustellen, auch wenn er dafür etwas weiter fahren muss“, sagt der Projektleiter von BikeFriendly Alexej Korowin.

Ein weiteres Beispiel ist das Projekt „Ecoloft“ in Moskau. Nach Angaben des Initiators Roman Sablin war das ein Versuch, „das Experiment auszuprobieren, wie man in der Stadt ökologisch wohnen kann“. Vor einem Jahr haben er und vier seiner Freunde im Zentrum eine große Wohnung gemietet und sich das Ziel gesetzt, ihren eigenen „ökologischen Fußabdruck“, die Ressourcen, die jeder Mensch im täglichen Leben verbraucht, zu reduzieren. Die Bewohner des „Ecolofts“ haben diese Aufgabe mit relativ einfachen Regeln gelöst. Zum Beispiel kontrollierten sie den Verbrauch von Wasser und Strom, hörten auf Plastiktüten zu verwenden und praktizierten Mülltrennung, um ihre Abfallmenge zu minimieren. Später wurde auf der Basis von „Ecoloft“ eine „Ecoschule“ organisiert. Im Rahmen dieses Bildungsprojekts zeigten die Bewohner von „Ecoloft“ und eingeladene Experten allen Interessenten, wie man mit einfachen Mitteln seinen „ökologischen Fußabdruck“ verkleinern kann. Binnen eines Jahres wurden 40 Seminare und Vorträge gehalten, die von etwa tausend Menschen besucht wurden. Erreicht haben die Organisatoren der „Ecoschule“ ihre Teilnehmer über Anzeigen im Internet.

Es gibt auch Befürworter der „Ökorenovierung“. Zum Beispiel besteht die Standardzusammensetzung einer ökologischen Farbe aus Milch, Kreide und Lebensmittelfarbe, erzählt Alexej Schirschow, einer der wenigen Spezialisten für „Ökorenovierung“ in Russland. Diese Methode der Innenausstattung ist nicht nur naturnah, sie spart auch Material und Geld. Zugegeben, die „Ökorenovierung“ genießt noch keine große Popularität. „Der Stadtbewohner denkt in Stereotypen: wenn er an Fußboden denkt – dann an Laminat, wenn er an Wände denkt – dann an Tapeten usw. Um

sich für eine ‚Ökorenovierung‘ zu entscheiden, muss man solche Stereotypen aufgeben“, meint Schirschow. „Obendrein erwartet die Konsumgesellschaft Garantien, aber hier gibt es keine Garantien. Es existieren keine Bücher zu diesem Thema, keine Forschung, keine Spezialisten auf dem Gebiet, man kann niemanden fragen.“

Designer und Forscher

Die Non-Profit-Organisation „Freier Raum“, in der sich Architekten, Künstler und Urbanisten engagieren, schlägt vor, eine neue Gestaltungsstrategie für den Stadtbezirk Frunsenskij in St. Petersburg zu entwickeln. Auf deren Grundlage werden Designer und Urbanisten das visuelle Erscheinungsbild des Bezirks bestimmen. Bereits in der ersten Phase der Projektierung, die im Mai begonnen hat, werden außer den Einwohnern des Bezirks auch andere Non-Profit-Organisationen einbezogen, einschließlich Umweltorganisationen und interessierte Bürgerinitiativen (z. B. Fahrradfahrer).

Nach dem Plan von „Freier Raum“ bedarf es zur Umsetzung der Ideen keiner Gelder aus der Stadtkasse. Diese können von Bauträgern kommen, die im Bezirk bauen. „Im Westen existiert die Ein-Prozent-Regel: Wenn ein Bauträger ein Projekt zur territorialen Entwicklung durchführt, muß er 1 % der Finanzierung für Kunstobjekte bereitstellen. Das ist der Grund, warum in New York die Public Art so verbreitet ist“, sagt der Leiter von „Freier Raum“, Michail Klimowski. Die Chance, eine solche Regel auf Gesetzesebene einzuführen, hält er zurzeit für minimal. Aber nach seiner Meinung ist es durchaus möglich, einen Gesellschaftsvertrag bezüglich des Designprojekts nicht nur mit der Stadtverwaltung und der Wirtschaft, sondern auch mit den Bewohnern des Bezirks abzuschließen. Das Projekt beruht auf vier Modulen, von denen jedes zur Diskussion im Internet zur Verfügung steht.

Im Jahr 2010 haben die Spezialisten des Expertise-Zentrums der St. Petersburger Gesellschaft der Naturforscher „Ecom“ das Projekt „Alternative Volksinventur“ gestartet, eine genaue Zählung der Grünflächen, die es erlaubt, für deren Erhalt im Stadtparlament einzutreten. Das Projekt war die Antwort der Umweltschützer auf die Verabschiedung des Gesetzes „Über die öffentlich genutzten Grünflächen“, demzufolge die Grünflächen in St. Petersburg erheblich reduziert werden sollten. An der „Volksinventur“ nahmen auch einfache Bürger, die eine spezielle Schulung durchlaufen haben, teil. Während dieser Schulungen wurden sie mit den Strukturen der Bodennutzung in städtischen Gebieten vertraut gemacht, lernten Karten zu lesen und selbst zu erstellen. Die Auszählungen haben gezeigt, dass durchschnittlich 30 % der gesamtstädtischen Grünanlagen in dem Gesetz nicht berücksichtigt wurden.

Im gleichen Jahr schlossen die Aktivisten und die Stadtverwaltung einen Kompromiss: Zwar wird die Fläche der im Gesetz genannten Grünanlagen reduziert, die Behörden verpflichten sich jedoch zu einer kompletten Bestandsaufnahme der städtischen Plätze und Flächen, auf denen neue Grünzonen errichtet werden können, durchzuführen und Mittel für deren Bepflanzung bereitzustellen. Das Projekt „Alternative Volksinventur“ wurde auch nach dem Erreichen dieses Ziels fortgesetzt, und zwar nun als Instrument der öffentlichen Kontrolle. Alexander Karpow, Direktor von „Ecom“, sagt: „Wir haben die Inventur in fünf Stadtbezirken vorgenommen und eine gute Vorstellung davon gewonnen, wie alles organisiert ist. Ende 2011, nach Beginn der offiziellen Inventur, wurde der Vertreter von ‚Ecom‘ in die städtische Arbeitsgruppe eingeladen, die sich mit dem Thema beschäftigt. Alle unsere Vorschläge werden gleichwertig den Vorschlägen der Bezirksverwaltung und der Fachausschüsse von St. Petersburg behandelt. Die Gesamtfläche und Anzahl der Parks und Grünanlagen wird sich erheblich vergrößern.“

Die Umweltpolitik

In den letzten Jahren haben sich oft auch oppositionelle politische Aktivisten mit Umweltproblemen beschäftigt. So wurde im Jahr 2007 eine Gruppe unter der Leitung von Jewgenija Tschirikowa gegründet, die sich gegen den Bau der Autobahn von Moskau nach St. Petersburg eingesetzt hat. Für den Bau der Trasse sollte der Chimki Wald in der Nähe von Moskau abgeholzt werden, wogegen die zivilgesellschaftlichen Aktivisten protestiert haben. Der Protest gegen die Abholzung rief eine solche öffentliche Resonanz hervor, dass der Präsident Dmitrij Medwedew sich in den Konflikt einmischen musste. Er stoppte den Straßenbau. Anschließend wurde das Bauprojekt geändert: Die Abholzungsfläche wurde von 140 auf 100 ha reduziert, der Umfang der Umwelt-Kompensation von 3 Mrd. auf 4 Mrd. Rubel erhöht, und die Bauträger sagten zu, entlang der Trasse im Waldgebiet Lärmschutzmauern und Durchlässe für Tiere zu errichten.

Die Bewegung „Zum Schutz des Chimki-Waldes“ hat die Aufmerksamkeit einer großen Zahl von Menschen, die sich früher nicht für dieses Thema interessiert haben, auf die Probleme der Stadtökologie gelenkt. Aber es war auch ein Protest gegen Willkür und Korruption. Im Endeffekt schlossen sich viele Aktivisten der Bewegung dem Protest gegen den Betrug bei den jüngsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Frau Jewgenija Tschirikowa selbst wurde zu einer der AnführerInnen der so genannten nicht-systemischen politischen Opposition.

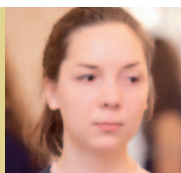
Noch ein Beispiel für politisch bedeutsame Umweltinitiativen ist das Projekt „Schutz des Lebensraums“ in St. Petersburg. Zunächst schlossen sich Bewohner der Stadt im Zuge der Protestwelle gegen den Betrug bei den Parlaments- und Präsidentschafts-

wahlen zum „Verband der Beobachter“ von St. Petersburg zusammen, dann lenkten die Aktivisten die Aufmerksamkeit auf aktuelle Probleme in den Stadtbezirken, z.B. die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Schlaglöcher in den Straßen, die bauliche Verdichtung und die Verringerung von Flächen für städtische Parks. Laut Alexander Krylenko, dem Leiter des Verbands, gehörte die bürgerschaftliche Kontrolle der Stadtverwaltung bereits von Beginn an zu den Plänen des Verbands. Denn um Initiative auf Stadtteilebene zu ermöglichen, muss man sie nur ankündigen: In der Kooperation mit Gleichgesinnten ist es leichter, Rechtsverstöße zu verfolgen, und in den Augen der Beamten hat eine kollektive Beschwerde mehr Gewicht.

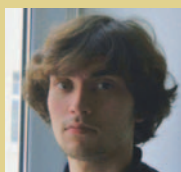
Da die russischen Behörden nicht in der Lage sind, die wachsenden Umweltprobleme der Städte zu bewältigen, ergreifen die Stadtbewohner selbst die Initiative. Ihnen schließt sich die wissenschaftliche Gemeinschaft an, deren Vertreter ebenfalls von den Entscheidungsverfahren ausgeschlossen sind. So ein Bündnis führt zur Entstehung vieler Initiativen der verschiedensten Ausrichtungen, und viele von ihnen können gewisse Erfolge verzeichnen.

Doch alle hier beschriebenen Beispiele sind eher Ausnahmen, die die Regel bestätigen: Bis jetzt fehlen stabile Mechanismen der Kooperation zwischen den Behörden und der Gesellschaft im Umweltbereich. Das führt zu gravierenden Fehlern in der staatlichen Politik, durch die sich die Umweltbelastung nur weiter verschärft und folglich die Unzufriedenheit der Gesellschaft erhöht. In dieser Situation sind die Bürgerinitiativen in der Tat die einzige Möglichkeit, diese Versäumnisse zu beheben oder sie zu vermeiden.

>>> Der Artikel ist erstmalig in der Moscow Times erschienen, im Rahmen eines gemeinsamen Projekts von Earth Journalism Network und Internews.



Jekatarina Glebowa | Journalistin, schreibt als freie Reporterin für die Zeitschriften und Web-Media: The Village, Slon.ru, The Moscow Times.



Fjodor Rachmanow | Journalist, arbeitete für Web-Media „Polit – Gramota“ zu politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen, für das Fernsehen Kanal „St. Petersburg“, für „Slon“ Web-Media, studiert Politik und übt weiter eine journalistische Tätigkeit aus.

STADT*planung*



Alexander Tischkow | „Groß-Moskau“: Das Zukunftskonzept für die russische Hauptstadt

Am 28. März 2012 hat das Moskauer Stadtparlament in einer ersten Lesung ein Paket von Gesetzentwürfen behandelt, die die territoriale Aufteilung Moskaus und der lokalen Selbstverwaltung nach der Angliederung einiger Gebiete aus dem Moskauer Umland betreffen. Die Änderungen wurden in das Statut der Stadt Moskau und in die Gesetze „Über die territoriale Aufteilung Moskaus“, „Über die Organisation der lokalen Selbstverwaltung“ und „Über die Bezeichnungen und Grenzen der innerstädtischen kommunalen Strukturen“ aufgenommen. Die Änderungen traten nach der Angliederung der Territorien am 1. Juli 2012 in Kraft.

Ausgehend vom Inhalt der Entwicklungspläne „Großes Moskau“ sind die prioritären Funktionen der künftigen Hauptstadt, die den Status Moskaus in Russland und der Welt bestimmen, folgende:

HAUPTSTADT. Moskau ist das politische Zentrum, Sitz der nationalen Regierung, das Zentrum, in dem grundlegende Richtlinien der Innen- und Außenpolitik formuliert werden und in dem alle Gewalten konzentriert sind.

FINANZEN. Moskau ist ein Bankenzentrum, Zentrum für internationalen Handel und Finanzdienstleistungen, für Repräsentanzen der größten weltweit tätigen Unternehmen.

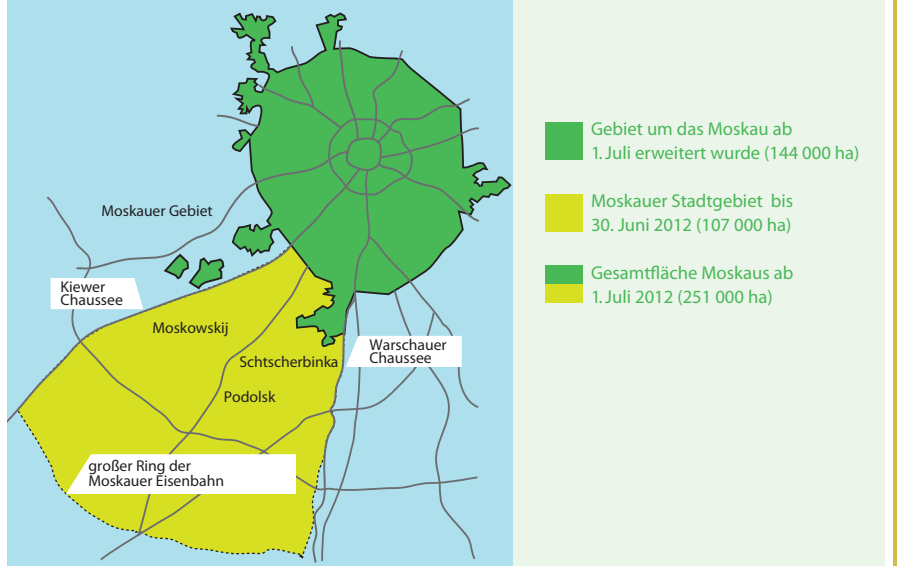
INNOVATIONEN UND BILDUNG. Moskau als Wissenschafts- und Bildungszentrum, Zentrum für Innovationen und die Entwicklung von Hochtechnologien.

TOURISMUS, MESSEN UND KONGRESSE. Moskau ist ein internationales Tourismuszentrum, Veranstaltungsort internationaler Foren, von Gipfeltreffen, Ausstellungen, Konferenzen, Festivals und Sportwettkämpfen.

MEDIZIN. In Moskau konzentrieren sich die größten medizinischen Einrichtungen, die das gesamte Spektrum medizinischer Dienstleistungen auf Weltniveau abdecken.

ARCHITEKTUR UND STÄDTEBAU. Moskau ist ein Ort zur Realisierung der neuesten Ideen im Bereich der Architektur, der Verkehrsplanung zur Versorgung von Wohn- und Gemeinschaftsgebieten, des Baus von „intelligenten Häusern“ und der Einführung modernster Bautechnologien.

Das alles wurde mehr oder weniger in den Plänen zu „Großes Moskau“ formuliert. Hinzu treten vorrangige Funktionen zur Sicherung der Lebensfähigkeit des Ballungsgebiets, wie z. B.:



Maximale Sicherung der Funktionalität (kommunale Wirtschaft auf höchstem technologischem Niveau). Moskau als Stadt mit hohem Komfort und Niveau der Versorgungssysteme auf innovativer Basis (Energie, Wärme, Wasserversorgung, Abfallverwertung, Kommunikation, soziale Unterstützung der Bevölkerung).

Zugänglichkeit von Verkehrsmitteln. Moskau als Stadt mit einer Vielfalt an schnellen individuellen und öffentlichen Verkehrsmitteln und einer verkehrsmäßigen Erreichbarkeit aller Objekte sowie transkontinentaler, inländischer, regionaler und innerstädtischer Verkehrsverbindungen, inklusive bequemen Transits.

Information und Kommunikation. Moskau ist eine Stadt mit modernsten, allgemein zugänglichen und permanenten Informations- und Kommunikationswegen.

Weltkulturzentrum. In Moskau konzentrieren sich Kultureinrichtungen mit Weltbedeutung – Theater, Museen, Architekturensembles, Denkmäler, Gedenkstätten, Bibliotheken, Archive, Palaisanlagen und vieles mehr.

Schutz und Entwicklung des Naturguts. Moskau erhält eine einzigartige Chance, ein weltweit vorbildliches innerstädtisches Umweltschutzsystem, ein grünes Grundgerüst und ein System geschützter Flusstäler und Teiche zu schaffen

Moskaus Entwicklungsziele und -aufgaben als Hauptstadt der Russischen Föderation, als Zentrum des internationalen Finanzwesens, von Innovationen, Bildung, Tourismus, Messen und Medizin sowie die Probleme der sozialen, ökonomischen und räumlichen Entwicklung Moskaus bestimmen die Anforderungen an die Entwicklung der „neuen Territorien“, darunter:

- der Aufbau eines neuen Siedlungssystems ausgehend von den vielversprechendsten „Wachstumszentren“;
- die komplexe Erschließung der angegliederten Territorien;
- die Bildung eines einheitlichen Verkehrsnetzes in der Moskauer Region;

- die Entwicklung einer komplexen Bebauung auf der Grundlage bereits existierender und neuer Siedlungen, die eine Balance zwischen Wohn- und Arbeitsorten wahrt
- der Reservierung von Natur- und Erholungsgebieten und darin die Einrichtung von Naturerholungszonen für Moskau und das Gebiet Moskau sowie die Sicherstellung der ökologischen Sicherheit in der Moskauer Region insgesamt
- die Vorhaltung von Flächen für die zur Lebensfähigkeit Moskaus unerlässlichen Objekte der Kommunalwirtschaft
- die Vorhaltung von Flächen für die Aufnahme der Moskauer Friedhöfe;
- die Entwicklung von Forschungs-, Lehr- und forschungsbasierten Produktionsclustern ausgehend von den existierenden Wissenschaftsstädten im Umland von Moskau (einschließlich Troitsk), der Moskauer Wissenschafts- und Produktionszentren und der Campusse der Moskauer Hochschulen.

Das Projekt beeindruckt tatsächlich durch sein Ausmaß. Doch trotz all seiner Logik und Durchdachtheit besteht eine ganze Reihe von Problemen, vor allem ökologischen. Unter den Gefahren sind folgende hervorzuheben:

- das Risiko des Verlusts von Lebensräumen seltener und vom Aussterben bedrohter Pflanzen und Tierarten
- die weitere Zerstückelung der natürlichen Landschaft in der Umgebung Moskaus zugunsten des Baus neuer Infrastrukturen für Verkehr, Siedlungen und Industrie
- gravierende medizinisch-geographische, sanitär-epidemiologische und hygienische Einschränkungen
- die Verschmutzung von Wasserreservoirs, Trinkwassermangel und eine weitere Absenkung des Grundwasserspiegels, der in diesem Gebiet der Moskauer Umgebung bereits um Dutzende Meter gesenkt wurde
- die Wahrscheinlichkeit gefährlicher geomorphologischer und geologischer Prozesse – Erdbeben, Verkarstung, Einstürze, Erosion etc.

Zugleich steht das Projekt unter den Bedingungen des Flächenmangels und die Belastung der besiedelten Flächen und ihrer Umgebung wird unvermeidlich steigen. Es erfolgt eine Umwidmung von agrarisch genutzten zu Industrie-, Verkehrs- und Wohnflächen. Damit geht eine zusätzliche Verschmutzung der Trinkwasserreserven, insbesondere des Grundwassers einher.

Rege diskutiert wird, ob wilde, nicht renaturierte und aktive Tagebaue und kommunale Abfalldeponien in die Grenzen der Stadt einbezogen werden sollen, darunter Europas größte Deponie „Salarjevo“, Aasgruben und Gebiete, auf denen Verbrennungsanlagen für natürliche-multifokale Krankheitserreger (Tularämie, Leptospirose, Tollwut, Enzephalitis) in Betrieb sind sowie radioaktiv verstrahlte Gebiete etc.

Man kann wohl kaum Ähnliches im Zentrum einer anderen Hauptstadt von Welt-rang finden.

Ein weiteres grundsätzliches Gegenargument ist, dass die Voraussetzungen für die Errichtung eines solchen „Giganten“, der in sich einen bedeutenden Teil der Bevölkerung, Finanzen, Wirtschaft, Unternehmen, Verkehrsströme vereinigt, bisher nicht existieren. Die negativen Folgen solch einer Entscheidung sind offensichtlich – die weitere Ausblutung und Entvölkerung Russlands, Kürzung vieler regionaler Projekte, Zunahme der Entwicklungsunterschiede der Regionen und im Lebensstandard der dortigen Bevölkerung, das fortgesetzte Sterben kleiner Städte. Noch nie wurden Veränderungen als positiv angesehen, die Territorien „entblößen“ und Infrastrukturen zerstören, die mit gewaltigem Aufwand errichtet wurden, die Millionen Menschen in eine katastrophale Lage versetzten und sie zwingen, die heimatlichen Gefilde zu verlassen. Es ist nicht notwendig, die „Wirtschaftsführer“ des Landes zu vereinen, sondern es ist notwendig, „Moskauer“ Entwicklungsbedingungen für ausnahmslos alle Winkel des Landes zu schaffen, neue „Wachstumspunkte“ statt Balungsgebiete.

Einige ökologisch-geographische Prinzipien für die Ausarbeitung der Konzeption

Zur Lösung der ökologisch-geographischen Aufgaben müssen bei der Ausarbeitung der Konzeption einige allgemeine Entwicklungsprinzipien der Moskauer Agglomeration berücksichtigt werden. Früher wurden sie in urbanen Projekten nicht berücksichtigt, so dass sie nicht nur erstmalig dargestellt, sondern auch wichtig für ähnliche Pilotprojekte sind. Außerdem entsprechen sie den methodischen Grundsätzen für die Umsetzung des ökologischen und geographischen Teils der Konzeption – der Einrichtung funktioneller Zonen des Territoriums. Dies sind:

1. die Minimalisierung der Einwirkung auf die natürliche Landschaft und Ausrichtung auf eine maximale Nutzung der bereits erschlossenen Siedlungsgebiete und historisch gewachsenen Infrastrukturen. Der Umfang der heute vorhandenen Wohn-, Verkehrs- und Wirtschaftsflächen (Landwirtschaft und Industrie) ist ausreichend, um die Ansiedlungsaufgaben, die Entwicklung der Infrastruktur und die Präzisierung der Landschaftsplanung zu bewältigen.
2. die Schaffung eines Systems neuer Cluster und lokaler Siedlungskonzepte sowie einer neuen („parallelen“) Hauptstadt, um Randlageneffekten für die vom historischen Moskau weit entfernten Gebiete entgegenzuwirken. Aufgrund der Entstehung neuer „Anziehungszentren“ werden verschieden große Bezugssysteme „Zentrum-Peripherie“ entwickelt, die von einem natürlichen

Umfeld mit Nationalparks, Naturschutzgebieten, geschützten Wäldern etc. umgeben sind.

3. die Vorrangigkeit von Planung und Bau der für die Infrastrukturentwicklung notwendigen Versorgungsleitungen und ingenieurtechnischen Anbindungen auf bereits erschlossenen und umgewidmeten Gebieten ohne Naturschutzstatus für Autobahnen, Verkehrsknotenpunkte, Kommunikationsnetze, Brücken, elektrische Fernleitungen, Gasleitungen, Kanäle, Küstenschutzanlagen, Stauseen etc. Dies muss vor oder parallel zur Projektierungsphase, zur Klärung juristischer Fragen und der Schaffung eines Grüngürtels und eines Systems nationaler und regionaler Naturschutzgebiete geleistet werden, um Konfliktsituationen wie bei der Planung der Schnelltrasse Sankt-Petersburg – Moskau in den 90er Jahren oder dem gewaltsam durchgesetzten Bau der Schnellautobahn durch den Chimki Wald in den 2000er Jahren auszuschließen.
4. die Entwicklung von Alternativen für jegliche Art genutzter und ungenutzter ökologischer Risikoflächen einschließlich der radioaktiv verseuchten Zonen, Mülldeponien und ihren Pufferzonen; schadstoffbelasteten Flächen, Tagelagerung infolge der lokalen Gewinnung von Baumaterialien; verlassene ungenutzte Gewerbegebiete etc. Eine solche Entwicklung von Alternativen wird mittels Renaturierung und ökologischer Restaurierung geschädigter Landschaften erreicht, durch ihre Reinigung, Umnutzung, der Ausweisung von Naturschutzgebieten etc. So sollten radioaktiv verseuchte Flächen und milzbrandbelastete Aasgruben in Naturschutzgebiete mit strengen Schutzauflagen umgewandelt werden. Vergleichbare Erfahrungen wurden in der Zone der Tschernobyl-Katastrophe gemacht. Aus den aufgegebenen Tagebauen können große Erholungsgebiete entwickelt werden. Auf rekultivierten ehemaligen Hausmülldeponien sollten meliorative Waldarbeiten geplant werden.
5. Vermeidung der Entstehung einer „inneren Peripherie“ und von Abgrenzungsphänomenen, die zu einer unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Föderationssubjekten entlang gemeinsamer administrativer Grenzen (z.B. Moskau – Moskauer Gebiet, Moskauer Gebiet – Gebiet Kaluga) und entlang kommunaler Grenzen nach dem Prinzip „Zentrum-Randlage“ führen würden.
6. eine verpflichtende Gliederung in funktionelle Zonen sowie zur Landschaftsplanung der für die Entwicklung der Moskauer Agglomeration vorgesehenen Territorien. Bei der Gliederung in Zonen müssen ihre natürliche Struktur, ihre Pufferzone einschließlich der für Naturschutzgebiete und die Entwicklung



Moskau Panorama mit dem neuen Finanzzentrum

der Verkehrsinfrastruktur vorgehaltenen Flächen, - Erholungs-, Wasserschutz-, Wohn- und Industriezonen gesondert ausgewiesen werden.

Auf dem aktuellen Schema der Flächenplanung des Moskauer Umlands nehmen die „neuen“ Territorien einen Teil des Moskauer Gebietes ein. Die Umsetzung der Entwicklungspläne für ein „großes“ Moskau würde die bisherigen Planungen wesentlich verändern. Im Gespräch sind mindestens 12 Ansiedlungsclusters im neuen Moskau: Präsidialverwaltung, Regierung der Stadt Moskau, Innovationszentren, Universitätscampus, Finanz- und Medizinzentren etc. Es ist klar, dass die Schutzsysteme für diese Flächen dem Grad der Umweltbelastungs entsprechen müssen. Daher sollten die Stärkung der natürlichen Strukturen und die Schaffung eines Naturschutznetzes auf den neuen Territorien als Präventivmaßnahmen eingesetzt werden. Wie auch im „alten“ Moskau sollen alle Gebiete einheitlich verwaltet werden (Moskauer Naturkomplex). Man muss sich im Klaren sein, dass die getroffene Entscheidung für ein großes Moskau sehr teuer wird, wenn die ökologisch-geographische Basis der Ansiedelung ignoriert wird. Die Konzeption muss auf eine Minimierung der entstehenden Neusiedlungen und des Verbrauchs natürlicher Ressourcen zumindest in jenen neuen Clustern und Flächen angestrebt werden, die für Wohnen, Landwirtschaft und Verkehr bestimmt sind.

Zusammenfassung

Die Zukunft ist vorhersehbar. Wir leben in der Zeit eines exponentiellen Fortschritts der Technologie, Technik und unserer Aufnahmefähigkeit für Neues (z.B. verdoppelt sich die Leistung der Computer alle 1-2 Jahre). Dabei verändern die Informationstechnologien die Realien der Welt. Daher muss das neue Moskau unter Berücksichtigung der Tatsache geplant werden, dass sich in den nächsten 30 bis 50 Jahren eine neue Welt, veränderte Menschen, andere Anforderungen an die Wohnqualität, den Verkehr, Büroräume, Technologien und Managemententscheidungen entwickeln werden. Z.B. wird es bereits in den nächsten 10 bis 20 Jahren in der Welt Folgendes geben:

- andere Managementmethoden für die repräsentative, exekutive und legislative Macht (wenn man nach alten Mustern baut, konserviert man die Vergangenheit und blockiert die Zukunft)
- andere (bescheidenere) Bedürfnisse hinsichtlich der Anzahl „umziehender“ Beamter und ihres Dienstpersonals (mindestens zwei-drei Mal weniger als heutzutage)
- Informations- und Kommunikationstechniken zur Arbeit von zu Hause (Telearbeit)
- bescheidenere Anforderungen an die Größe der Büroflächen
- andere Bildungstechnologien, die keine riesigen Hörsäle und Bibliotheken mit schnell alternden Büchern voraussetzen
- absolut neue Medizintechnologien (Nanotechnologien, Zellen- und Gewebezucht etc.), andere Ausstattung medizinischer Einrichtungen, in denen für Räume mit zehn Krankbetten kein Platz ist
- Minimierung der Rolle der Grundlagenwissenschaft (heutzutage wächst die Finanzierung und sinkt die Zahl der Veröffentlichungen); wahrscheinlich werden Transformers und Universallabors mit technischen Modulen für die Wissenschaftszentren der Zukunft benötigt

Diese Liste futurologischer Anmerkungen kann man weiter führen. Es gibt aber invariante Momente, die die Anforderungen an die Umweltbedingungen, an das grüne Gerüst neuer Moskauer Stadtgebiete sowie an die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Moskauer Bevölkerung betreffen. Diesen Aspekten soll heute viel Aufmerksamkeit geschenkt werden. Kann man heute die geplante „Evakuierung“ anfangen, ohne vorher umfassende Prognosen zu erstellen, ohne die vorhandenen ökologischen Beschränkungen untersucht zu haben, ohne das Schicksal jener Gebiete und Bauten bedacht zu haben, die im „alten“ Moskau hinterlassen werden, ohne eine öffentliche Diskussion über die Einzelheiten der zukünftigen Hauptstadt angestoßen zu haben?



Prof. Dr. Tishkov, Arkadij Aleksandrovich | Geograf und Ökologe, Spezialist im Bereich Umweltschutz. Stellvertretender Direktor des geografischen Instituts RAN. Teilnahme an zahlreichen Exkursionen in die Arktis, Taiga, Steppen und Städte Russlands, nach China und Vietnam.

Die Städte und Gemeinden rücken sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch weltweit verstärkt in den Fokus, wenn über die effiziente Umsetzung nationaler und globaler Nachhaltigkeitsziele diskutiert wird. Insbesondere in Deutschland verfügen die Städte und Gemeinden aufgrund ihrer verfassungsrechtlich zugesicherten Selbstverwaltung über zahlreiche formelle und informelle Instrumente, die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes ihren eigenen Strukturen und Voraussetzungen entsprechend zur Geltung zu bringen. Städte sind somit die Orte des Handelns. Hier müssen die auf internationaler und nationaler Ebene formulierten Ziele zum Umwelt- und Klimaschutz unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Belange umgesetzt werden.

Aufgrund des weltweit stetig ansteigenden Anteils der in Städten lebenden Bevölkerung wird die Rolle der Städte, einen Beitrag zur Lösung der globalen Umwelt- und Klimakrisen zu leisten, zukünftig noch größer werden. Momentan leben ca. 50% der Weltbevölkerung in Städten. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass im Jahr 2050 über 70% der Weltbevölkerung in Städten leben wird. Insbesondere in Schwellenländern ist mit einem sehr hohen Anstieg der Stadtbevölkerung zu rechnen. Die große Dynamik dieser Entwicklung ist auch daran abzusehen, dass voraussichtlich 50% der Städte des Jahres 2050 noch gebaut werden müssen. Mit dieser Konzentration von Bevölkerung und damit zusammenhängend von Industrien, Dienstleistungen, Infrastrukturen und Wohlstand geht auch ein hoher Anteil der Treibhausgasemissionen und des Ressourcenverbrauchs auf das Konto der Städte. Ungefähr 80% der anthropogenen Treibhausgasemissionen sowie 75% des globalen Ressourcen- und Energieverbrauchs finden in urbanen Zentren statt (vgl. UN 2012).

Zugleich sind Städte aber auch besonders von den Folgen des Klimawandels und den von ihnen selbst induzierten Umweltverschmutzungen betroffen. So kann beispielsweise davon ausgegangen werden, dass in deutschen urbanen Zentren der Anteil sehr heißer Tage und tropischer Nächte deutlich zunehmen wird, mit all den damit zusammenhängenden negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der dort lebenden Menschen. Extrem heiße Sommer wie im Jahre 2003, in welchem europaweit bis zu 70.000 Menschen durch die direkten Folgen der extremen Hitze umgekommen sind, werden in Zukunft eher die Regel sein. Ebenso wird eine deutliche Zunahme von Starkregenereignissen erwartet, durch die sich insbesondere in urbanen Zentren mit ihrem hohen Grad an Flächenversiegelung verstärkte Probleme im Bereich der lokalen Überschwemmungs- und Hochwassergefahr ergeben.



Klimaanlagen in einem Moskauer Hinterhof

Städte und ihre Bevölkerungen sind somit gleichzeitig Verursacher und Betroffene der globalen Umwelt- und Klimakrise. Auf der anderen Seite sind sie jedoch auch ein Teil einer zukunftsfähigen Lösung, die im Rahmen einer eingehenden nachhaltigen Entwicklung die ökologischen Belange stärker fokussieren muss. Dies ist insbesondere in Hinblick auf die prognostizierten dramatischen Auswirkungen des Klimawandels geboten. Die Städte sind gefordert, hier einen signifikanten Beitrag zu leisten. Sie müssen auf der einen Seite ihrer globalen Verantwortung gerecht werden, indem die urbanen Produktions- und Lebensweisen schrittweise dahin gehen, weniger Energie zu verbrauchen, Energie effizienter zu nutzen und den Großteil des Energieverbrauchs mittels regenerativer Energiequellen zu decken. Auf der anderen Seite müssen sich die Städte auf die Auswirkungen des Klimawandels einstellen und dafür Sorge tragen, dass die Anfälligkeiten bestimmter urbaner Systeme gegenüber veränderter klimatischer Bedingungen nicht zu einem schwerwiegenden Funktionsverlust dieser führen. Dadurch, dass sich die Ursachen und Folgen des Klimawandels überproportional stark in den Städten konzentrieren, ergibt sich eine große Chance, diese Problematiken in komprimierter und effizienter Weise in den räumlich überschaubaren Strukturen der Städte anzugehen. Maßnahmen des Klimaschutzes und zur Klimaanpassung entfalten somit in Städten ihre größte Wirkung.

Die eingangs geschilderten Probleme und zu entwickelnden Lösungsstrategien für eine umwelt- und klimaverträgliche Stadtentwicklung lassen sich auf das kommunale Handlungsfeld der Siedlungsentwicklung und damit der eigentlichen Flächennutzung zuspitzen. Die urbane Siedlungsentwicklung muss im Sinne einer nachhaltigen Ausrichtung nicht nur eine bedarfsgerechte Allokation von Bauland bewerkstelligen, sondern auch bislang nicht genügend berücksichtigte ökologische Aspekte beachten und intelligente Strategien zur Lösung neuartiger Problemstellungen finden.

Klimarelevanz der städtischen Flächennutzungen

Der städtebaulichen Planung als der rechtsverbindlichen Festlegung, wie Flächen in der Stadt genutzt werden sollen und dürfen, kommt bei der Frage nach einer kli-

maschonenden und klimaangepassten Entwicklung der Städte eine besondere Rolle zu. Dies wurde in Deutschland insbesondere durch die sogenannte Klimanovelle des Baugesetzbuches (BauGB) im Jahre 2011 unterstrichen. Nach § 1a Abs. 5 BauGB soll in den kommunalen Bauleitplänen, also den rechtsverbindlichen Dokumenten in denen die Nutzung der Fläche formell geregelt wird, „den Erfordernissen des Klimaschutzes sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.“

Durch diese gesetzliche Festlegung wird klar, dass den klimarelevanten Aspekten im Rahmen der städtischen Flächennutzung ein neues und erhöhtes Gewicht beigemessen wird. Die dabei benannten klimarelevanten Aspekte beziehen sich sowohl auf den Klimaschutz, also auf die Reduzierung bzw. Vermeidung der Treibhausgasemissionen durch urbane Flächennutzungen, als auch auf die Klimaanpassung, also die technischen, planerischen und sonstigen Potenziale zur Anpassung städtischer Systeme an ein sich in Teilen dramatisch veränderndes Klima.

Die Hervorhebung der Klimarelevanz der Flächennutzung in Städten im Rahmen gesetzlicher Regelungen ist schon länger überfällig gewesen. Die Art und Weise der Flächennutzung in Städten hat nämlich einen nicht unerheblichen Anteil am anthropogenen Klimawandel sowie effizienten Maßnahmen zur Anpassung an diesen. Betrachten wir zunächst die städtischen Flächennutzungsaspekte die im Zusammenhang mit dem Klimaschutz stehen.

Klimaschutz in der städtebaulichen Planung

Die Auswirkungen der städtischen Flächennutzung auf den Klimawandel sind vielfältig. In einem komplexen System wie einer Stadt müssen große Mengen Energie für unterschiedliche Flächennutzungen und damit zusammenhängenden menschlichen Bedürfnissen bereitgestellt werden. Dies betrifft beispielsweise die Bereitstellung von Strom und Wärme für Wohn- und Gewerbenutzungen oder Brennstoffen für den Individual- und öffentlichen Personenverkehr. Die Frage, wie viel Energie für die unterschiedlichen Nutzungen gebraucht wird und wie viel Treibhausgase entsprechend emittiert werden um den Einfluss der unterschiedlichen Flächennutzungen auf den Klimawandel darzustellen, hängt von zwei wesentlichen Aspekten ab: Wie energieeffizient sind die einzelnen Flächennutzungen für sich und in Kombination mit weiteren Flächennutzungen ausgestaltet und wie wird die benötigte Energie bereitgestellt? Die Betrachtung dieser beiden Aspekte in einem komplexen System wie der Stadt hat im Rahmen unterschiedlicher Forschungsprojekte erhebliche Potenziale zur effizienteren Verwendung von Energie, zur Energieeinsparung sowie zur klimaneutralen Bereitstellung von Energie aufgezeigt.

Eine klimaschützende Flächennutzung in Städten muss in dieser Hinsicht kompakte und nutzungsgemischte Siedlungsstrukturen bereithalten. Eine konzentrierte und nach innen gerichtete Siedlungsentwicklung, die sowohl neu zu schaffende Siedlungsstrukturen als auch Entwicklungspotenziale im vorhandenen Bestand betrachten muss, verspricht kürzere Wege und damit eine Reduzierung von Verkehrsströmen und den dadurch induzierten Treibhausgasemissionen. Durch verdichtete bauliche Strukturen lassen sich weiterhin erhebliche Mengen an Energie zur Beheizung von beispielsweise Wohngebäuden einsparen. Neu errichtete Mehrfamilienhäuser verbrauchen z.B. bis zu einem Drittel weniger Heizenergie als Einfamilienhäuser. Durch intelligente städtebauliche Konzepte zur Nutzungsmischung kann ebenfalls das Verkehrsaufkommen reduziert und weiterhin ein Anreiz zur stärkeren Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsarten wie Fahrrad, Fuß oder ÖPNV gegeben werden. Eine weitere Option stellt die konsequente Ausweisung CO₂-neutraler Baugebiete dar, in denen unterschiedliche Klimaschutzmaßnahmen direkt vor Ort gebündelt werden. Dies beinhaltet sowohl die technische Einbeziehung erneuerbarer Energien in die Gebäudestruktur, dezentrale Anlagen zur Wärmeversorgung (Blockheizkraftwerke), neue Gebäudekonzepte wie Passiv- oder Nullenergiehäuser, quartiersbezogene Verkehrskonzepte und vieles mehr. (vgl. BMU 2011)

Eine dem Prinzip des Klimaschutzes verpflichtete Stadtentwicklung muss außerdem dafür Sorge tragen, dass die Energie, die in jedem Falle bereitgestellt werden muss, so klimaverträglich wie möglich erzeugt wird. Dafür muss das bereits erwähnte formelle Instrumentarium der Bauleitplanung neben seinen klassischen Aufgaben der Baulandbereitstellung auch die Flächennutzungsansprüche von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien betrachten. Das heißt konkret, dass bei der gesamtstädtischen Betrachtung und Planung geeignete Flächen für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien planungsrechtlich gesichert werden.

Klimaanpassung in der städtebaulichen Planung

Städte sind aufgrund der hohen Konzentration und Bündelung von Bevölkerung, Infrastrukturen und Kapital besonders anfällig gegenüber dem Klimawandel und dem damit einhergehenden häufigerem Auftreten von Extremwetterereignissen wie beispielsweise Hitzewellen oder Überschwemmungen. Vor diesem Hintergrund muss sich städtebauliche Planung darum Gedanken machen, durch planerische Festlegungen Flächennutzungen zu etablieren, die dem Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels dienen.

Die klimaangepasste Stadt muss im Rahmen ihrer Bauleitplanung beispielsweise dafür Sorge tragen, dass zur Vermeidung von städtischen Hitzeinseln eine durch Grünflächen aufgelockerte Siedlungsstruktur vorherrschend ist. Diese Grünflächen ha-

ben einen großen Einfluss auf das Mikroklima in den Stadtquartieren, sie wirken abkühlend und übernehmen in einem Verbundsystem die wichtige Funktion von Kaltluftschneisen, die kühlerer Luft aus den ländlichen Gebieten Eingang in die Stadt bieten. Geringe bauliche Dichten sorgen außerdem dafür, dass tagsüber weniger Hitze in diesen städtischen Strukturen gespeichert und diese nachts schneller wieder abgegeben wird.

Das Prinzip der aufgelockerten Siedlungsstruktur ist weiterhin auch hinsichtlich zukünftig zu erwartender Starkregenereignisse von Vorteil. Durch eine geringe Versiegelungsrate kann dort mehr Regenwasser versickern und somit die Gefahr lokaler Überschwemmungen reduziert werden. Weiterhin muss in diesem Zusammenhang bei der Bauleitplanung darauf geachtet werden, dass insbesondere an Fließgewässern ausreichend Rückhalteräume zur Verfügung stehen, damit im Falle von Hochwasserereignissen keine teuren Infrastrukturen beschädigt und Menschenleben gefährdet werden. (vgl. MKUNLV NRW 2011)

Zusammenfassung und Fazit

Die Flächennutzung in Städten ist im erheblichen Maße sowohl für den Klimaschutz als auch für die Klimaanpassung relevant. Wenn man sich aber die Ansprüche dieser beiden klimarelevanten Aspekte an die Flächennutzung anschaut fällt auf, dass wir es hier mit widersprüchlichen Zielstellungen zu tun haben. Während eine klimaschützende Flächennutzung in Städten eher verdichtete und kompakte Siedlungsstrukturen verlangt, da diese energieeffizienter zu betreiben sind, erfordert eine klimaangepasste Flächennutzung eher eine aufgelockerte und mit vielen Freiflächen versehene Siedlungsstruktur.

Um diese offensichtlichen Zielkonflikte im Rahmen der städtebaulichen Planung so weit wie möglich zu harmonisieren (denn es sollten beide Aspekte ausreichend berücksichtigt werden), müssen intelligente Lösungen gefunden werden, die fachbereichsübergreifend und querschnittsorientiert zu diskutieren sind. In diesem Kontext haben verschiedene Städte in Deutschland sogenannte „Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte“ (IKKK) entwickelt. Im Rahmen ihrer Erarbeitung werden von allen relevanten Akteuren aus der Stadtverwaltung, der lokalen Politik sowie der Zivilgesellschaft Potenziale zum Klimaschutz und notwendigen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zusammengetragen und gemeinsam diskutiert und beschlossen. Auf diese Art und Weise ist es den Städten gelungen, einen Konsens zwischen den Planern und den Betroffenen der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu erreichen und die Ziel- und Interessenskonflikte zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung weitestgehend zu harmonisieren.

LITERATUR

- > BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2011): Kommunal-er Klimaschutz. Möglichkeiten für Kommunen. Berlin. Online verfügbar unter: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/kommunaler_klimaschutz_bf.pdf
- > Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2011): Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfa- den. Berlin. Online verfügbar unter: <http://www.leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/leitfa- den.html>, LAG 21 NRW – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (Hrsg.) (2012): Leitfa- den Klimaplus.
- > Prozessbegleitung zur Umsetzung eines Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes in den Klimaplus-Kommunen Burbach, Rheine und Schmallenberg. Abschlussdokumentation. Dort- mund. Online verfügbar unter: http://www.lag21.de/fa/editor/Dokumente/Klimaplus/Leitfa- den_Doku_Klimaplus-13-4-12-lo.pdf
- > MKULNV NRW – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucher- schutz des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Handbuch Stadtklima. Maßnahmen und Hand- lungskonzepte für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel. Düsseldorf. Online verfügbar unter: http://www.umwelt.nrw.de/klima/klimawandel/anpassungspolitik/pro- jekte/staedte_und_ballungsraeume/projektseite_01/index.php
- > UN - United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2012): World Urbanization Prospects, the 2011 Revision. New York

WEITERFÜHRENDE LINKS

- > www.klimalotse.anpassung.net/klimalotse/DE/02_Intensivdurchlauf/0_home/home_node.html
- > www.kommunal-erneuerbar.de/de/kommunalratgeber.html
- > www.bmu-klimaschutzinitiative.de/de/kommunen
- > www.100-ee.de/
- > www.kommunaler-klimaschutz.de/node/1888



Moritz Schmidt | Dipl.-Ing. Raumplanung, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (www.lag21.de). Seine Aufgabenschwerpunkte liegen im Bereich des kommunalen Klimaschutzes und der Klimaanpassung sowie der nachhaltigen und flächensparenden Siedlungs- entwicklung.

CHRONIK



2011

Oktober

01. OKTOBER Im Zentrum von Kaliningrad versammelten sich ca. 100 Menschen zu einem nicht genehmigten Treffen zum Protest gegen die Errichtung des baltischen Atomkraftwerks an der Grenze zwischen Litauen und Russland.

11. OKTOBER In St. Petersburg wurde von Umweltaktivisten eine Mahnwache organisiert, die sich gegen den auf Kronstadt unterzeichneten Vertrag zwischen Russland und Belarus über die gemeinsame Errichtung zweier Kernkraftwerksblöcke „Ostrowezkij“ richtete. Die Republik Belarus war und ist am stärksten von der Tschernobyl-Katastrophe im Jahr 1986 betroffen.

30. OKTOBER Einige Dutzend Aktivisten führten eine Protestaktion durch gegen die Inbetriebnahme des Tuapsinsker Frachtschiffterminals der Firma „Eurochemie“, das im Zentrum der Stadt errichtet wurde. Im Verlauf der Aktion wurden der Vorsitzende der örtlichen „Jabloko“-Partei, Ewgenij Witischko, der auch Mitglied der Vereinigung „ökologische Wache im Nordkaukasus“ ist, und die Leiterin der Bewegung zum Schutz des Chimki-Waldes, Ewgenija Tschirikowa, verhaftet.

November

27. NOVEMBER Ca. 5.000 Einwohner der Stadt Murom nahmen an der Kundgebung gegen den Bau eines Atomkraftwerks in der Nähe der Siedlung Monakowo im Bezirk Nischegorodskij teil. Zuvor hatten Experten, zum Teil Spezialisten des Unternehmens Ros-technadsor, eingeräumt, dass das Atomkraftwerk in Monakowo ein Objekt erhöhter Unsicherheit darstellt, da der Standort des künftigen Kraftwerks auf unstabilen Karststrukturen gelegen ist. Dennoch ist der Bau des Kraftwerks bisher nicht gestoppt worden.

28. NOVEMBER Ca. 150 Einwohner des Ortes Utsch-Dera Lazarevskowo im Bezirk Sotschi nahmen an einer Kundgebung teil, auf der sie forderten, die größte Müllhalde an der Schwarzmeerküste zu schließen, die sich in unmittelbarer Nähe zur Siedlung befindet und auf die Pläne zur Errichtung einer neuen „vorübergehenden“ Mülldeponie in der Nähe zu verzichten. Der Beschluss der russischen Regierung zur Schließung der Müllhalde wurde bereits im

Jahr 2007 getroffen, jedoch nicht ausgeführt. Der Bau einer neuen Deponie würde einhergehen mit der Rodung von Wäldern im Nationalpark von Sotschi.

Dezember

12. DEZEMBER In Noworossijsk haben sich ca. 100 Menschen zu einer Kundgebung gegen die Abholzung des Pionerskij Waldes versammelt, der sich in der Stadt befindet. Zwei Monate zuvor hatte die Stadtduma einen neuen Generalplan für die Stadt beschlossen, durch den der Waldpark „Pionerskij Wäldchen“ sowie alle weiteren sieben innerstädtischen besonders schützenswerten Gebiete ihren Schutzstatus verloren. Daraufhin begannen auf dem Gebiet des Pionerskij Wäldchens Bauarbeiten für einen Sportkomplex.

2012

Januar

11. JANUAR Aktivisten der Nischegorodskoer Anti-Atomkraft-Bewegung haben sich auf einer Kundgebung mit zwei Ministern der Republik Belarus getroffen, die zu den planmäßigen Gesprächen über die Errichtung des Atomkraftwerks „Ostrowetskij“ in Belarus angereist waren.

16. JANUAR Ca. 100 Einwohner der Siedlung Jasenewo im Bezirk Moskau haben eine Kundgebung gegen die Errichtung eines unterirdischen Metrotunnels abgehalten, der nach den Bauplänen unter dem Witebsker Park entlang führen soll und nach Meinung der Demonstranten das Ökosystems des Parks gefährden kann.

25. JANUAR In der Ingenieurs-Siedlung Tscheremuski in der Republik Chakasien haben einige Dutzend Einwohner eine Kundgebung abgehalten. Sie waren aufgebracht aufgrund der Nachricht über die Einstellung des Strafverfahrens gegen den früheren Leiter des Wasserkraftwerks „Sajano-Schuschenskij“, der in die Havarie vom 17. August 2009 verwickelt ist, bei der 75 Mitarbeiter des Kraftwerks ums Leben gekommen sind. Am darauffolgenden Tag widersprach der nationale Untersuchungsausschuss der Einstellung des Verfahrens.

Februar

02. FEBRUAR In unmittelbarer Nähe zur Stadtverwaltung in Sot-schi haben einige Bürgerrechtler eine Kundgebung abgehalten, mit der sie die Unterstützung der lokalen Internet-Ressourcen forderten, indem sie die Situation vor den olympischen Spielen in der Region offenlegten. Am Vortag wurden einige Internetseiten durch anonyme Cyberattacken lahm gelegt. Nach Meinung des Aktivisten Semjon Semjonow stehen diese in Zusammenhang mit kritischen Äußerungen, die auf den betroffenen Seiten zu finden waren und weiter mit den Erörterungen zur Vorbereitung der Olympischen Spiele „Sotschi 2014“, in deren Verlauf irreguläre Bautätigkeiten vorgenommen werden, durch die die grüne Zone verkleinert wird, die Rechte von Arbeitsmigranten verletzt werden und die Xenophobie in der Region zunimmt.

04. FEBRUAR Auf den Treffen „für ehrliche Wahlen“ in Moskau und St. Petersburg wurden von Aktivisten verschiedener Umweltorganisationen sogenannte „grüne Kolonnen“ organisiert. Beteiligt haben sich unter anderen die Bewegungen „Lebensraum“, „Zum Schutz des Chimki-Waldes“ sowie Schützer des Witebsker Waldes und des Naturschutzgebietes Utrisch.

06. FEBRUAR In Wladikawkas wurde von ca. 200 Menschen eine Kundgebung gegen die Aktivitäten der Fabrik „Elektrozink“ durchgeführt. Von der Fabrik werden regelmäßig schädliche Stoffe in die Atmosphäre ausgestoßen. Als Folge dessen ist eine ernstzunehmende Verschlechterung des Gesundheitszustands der lokalen Bevölkerung zu beobachten. Die Einwohner von Wladikawkas fordern seit einigen Jahren die Stilllegung der Fabrik.

11. FEBRUAR In St. Petersburg versammelten sich nicht weniger als 500 Menschen zu einer Kundgebung zur Rettung des Udelnyi Parks. Die Teilnehmer der Protestaktion unterschrieben eine Resolution, in der sie insbesondere von den örtlichen Behörden fordern, den Udelnyi Park in die Liste der besonders zu schützenden Naturgebiete aufzunehmen, einen öffentlichen Rat zur Verwaltung des Parks einzusetzen, nicht den Bau der Autobahn auf dem Territorium des Parks zu genehmigen und weiter diejenigen Beamten zu bestrafen, die die Abholzung des Parks im November und Dezember 2011 zugelassen haben.

26. FEBRUAR Zwischen 800 und 1.000 Einwohner von Kasan nahmen an einer Kundgebung teil gegen die Rodung des städtischen Kusmetewskij Walds und die Verlegung des Verlaufs der Wolga infolge von Landaufschüttungen. Die örtlichen Behörden stufen das Waldterritorium als Baugebiet ein, obwohl der Kusmetewskij Wald bereits 1997 einen offiziellen Status erhalten hat.

März

11. MÄRZ Am Jahrestag der Katastrophe im japanischen Atomkraftwerk in Fukushima wurden in 14 russischen Städten Protestaktionen durchgeführt, darunter in Wolgograd, Kostroma, Sosnowji Bor, Krasnodar, Ulan-Ude, Ufa, Arckhangelsk, Petrosawodsk, Tschita, St. Petersburg und Moskau. Die Teilnehmer forderten von den russischen Behörden die Errichtung neuer Atomkraftwerke zu begrenzen und die Nutzung der Kernenergie insgesamt zu verringern.

12. MÄRZ Fast 150 Einwohner der Stadt Perwouralsk im Swerdlowsker Gebiet führten eine Kundgebung durch mit der Forderung, die Arbeit des Komplexes zur Elektrostahlschmelze der neuen Fabrik Perwouralsk zu beenden. Nach Aussagen der Protestteilnehmer werden regelmäßig schädliche Stoffe aus der Fabrik in die Atmosphäre ausgestoßen. Darüber hinaus wird von der Fabrik starker Lärm erzeugt.

17. MÄRZ In 16 russischen Städten und einigen ausländischen Hauptstädten wurden Aktionen zur Freilassung der Aktivisten der Organisation „Ökowache im Nordkaukasus“, Suren Gasarjan und Ewgenij Witischko, durchgeführt, die von 5 Jahren Freiheitsentzug bedroht sind, wie auch ihr Anwalt Wiktor Dutlowa. Den Umweltschützern wird die Verletzung von Privatigentum vorgeworfen: Anfang März haben sie angeblich einen Teil der Umzäunung der Datscha des Gouverneurs des Krasnodarsker Bezirks, Alexander Tkatscheva, zerstört. Ihr Anwalt wurde wenige Tage später wegen „Ungehorsams gegenüber Mitarbeitern der Polizei“ inhaftiert. Im Verlauf der Kundgebung in Moskau wurden 15 Menschen verhaftet.

21. MÄRZ Die Verwaltung der Stadt Schukskij in der Nähe von Moskau entzog dem städtischen Waldpark seinen Status als Naturschutzgebiet. Daraufhin begannen Arbeiten zur Anlegung von Wegen. Die Bürger schlugen im Wald ein Lager auf, um diesen vor der Abholzung und Bebauung zu schützen.

April

08. APRIL In Podolsk haben sich ca. 256 Menschen zu einer spontanen Kundgebung gegen die Wohnbebauung in der Stadtparkanlage „200 Jahre Podolsk“ versammelt. Der erste Versuch zur Bebauung des Parks erfolgte bereits 1995, die durch die lokale Bevölkerung verhindert werden konnte. Seitdem entbrennt der Konflikt zwischen den lokalen Behörden und der Bevölkerung alle paar Jahre aufs Neue.

10. APRIL In Sotschi fand ein genehmigtes Treffen von ca. 300 Menschen statt. Die Teilnehmer traten gegen die Privatisierung der örtlichen Strandabschnitte und die Zerstörung der Parkgebiete ein, insbesondere gegen den Kauf von natürlichen Uferzonen in der Imeretinskoer Niederung durch die Firma „Mostowik“ und deren darauf folgende Zerstörung. Zuvor hatten Experten der UN diese Uferzonen den „Grünen Zonen“ in Sotschi zugeschrieben.

15. APRIL In Krasnodar fanden sechs nächtliche Kundgebungen zur Unterstützung der Aktivisten der Organisation „Ökologische Wache im Nordkaukasus“, Suren Gazarjan und Ewgenij Witischko statt. Ihnen droht weiterhin eine Haftstrafe von bis zu 5 Jahren wegen der Beschädigung der Umzäunung einer der Landresidenzen des Gouverneurs des Krasnodarer Bezirks, Alexander Tkatscheva. Die Angeklagten bestreiten ihre Schuld. Am Vortag der Kundgebungen wurde ein weiterer Aktivist, Jaroslaw Nikolskij, für 15 Tage inhaftiert.

21. APRIL Die Einwohner des Moskauer Bezirks „Ramenki“ veranstalteten eine Kundgebung gegen den Bau der Metrostation „Lomonowskij Prospekt“ in einem Park ihres Bezirks, der sich in der Nähe der chinesischen Botschaft befindet. An der Aktion beteiligten sich einige Dutzend Menschen.

22. APRIL In der Stadt Borisoglebsk im Gebiet Woronsech wurde eine Aktion zur Rettung des Nowokhopersker Naturschutzgebietes durchgeführt. In unmittelbarer Nähe zum Naturschutzgebiet und somit zum Fluss Choper, der zu den saubersten in Russland zählt, wird der Bau einer Nickelmine geplant. An der Aktion nahmen ca. 400 Menschen teil.

26. APRIL In der Stadt Widnoe im Moskauer Gebiet wurde eine Kundgebung zur Rettung des Butowskoer Waldes durchgeführt, an der Einwohner der Moskauer Vorortsiedlung Kommunarka, des Dorfes Batschurino und der Moskauer Bezirke Teplyj Stan, Jasenowo und Butowo teilnahmen. Zuvor war bekannt geworden, dass ein Teil des Waldgebietes für die Bebauung mit exklusiven Häusern freigegeben wurde. Dafür begann bereits im Dezember 2011 die Rodung des Waldes.

29. APRIL In Sotschi fand eine Kundgebung zu Umweltthemen statt. Auf dieser wurden Probleme der punktuellen Bebauung, der kommunalen Wohnungswirtschaft, der Rodung grüner Zonen sowie die Verletzung konstitutioneller Rechte der Stadtbewohner thematisiert. An der Protestaktion nahmen ca. 100 Menschen teil.

Mai

05. MAI In der Siedlung Siwerskij im Leningrader Gebiet fand eine nächtliche Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude statt. Die Teilnehmer der Aktion demonstrierten gegen die Rodung des Siwerskoer Waldes, die ein Eigentümer eines Grundstückes durchführen will, das sich auf dem Gebiet des Waldparks befindet.

Juni

01. JUNI Im Chimki-Wald wurden die Bauarbeiten wieder aufgenommen. Am 3. Juni haben Umweltaktivisten eine öffentliche Inspektion der Bauarbeiten gestartet, bei der sich herausgestellt hat, dass die Bauarbeiter keine Genehmigung hatten. Während der Inspektion wurden die Umweltschützer von Männern in Uniform des Unternehmens „Transstrojmeckhanizatsija“ zusammengeschlagen. Das Öko-Camp im Chimki-Wald wurde von der Polizei buchstäblich überfallen. Sechs Aktivisten, darunter Jewgenija Tschirikowa, Sergej Ageew, Nikolaj Laskin und Paul Schechtman, wurden verhaftet und in Chimki ohne Anklage inhaftiert.

20. JUNI Die Umweltaktivisten Suren Gasarjan und Ewgenij Witischko wurden zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Sie haben auf dem Zaun rund um die Datscha des Gouverneurs des Krasnodarer Gebiets Inschriften mit dem Wortlaut „Das ist unser Wald“, „Das ist unsere Erde“ und „Partei der Diebe“ hinterlassen. Für den Bau der Datscha wurde illegal ein Teil des Waldes in Besitz genommen und Kiefern gefällt, die im Roten Buch auf gelistet sind.

26. JUNI Im Europäischen Parlament hat ein Treffen zu den Vorgängen des Baus der Autobahntrasse durch den Chimki-Wald bei Moskau stattgefunden. Am 9. Juli wird die Beteiligung der französischen Firma Vinci am Bau der Autobahn Moskau - St. Petersburg durch den Chimki-Wald im französischen Senat diskutiert. Am 10. Juli besuchte Jewgenija Tschirikowa mit weiteren Mitgliedern der Bewegung zur Verteidigung des Chimki-Waldes das Lager gegen Vinci-Projekte in Nantes. Gleichzeitig dauern in Russland die Auseinandersetzungen um den Chimki-Wald weiter an.

Juli

09. JULI In Barnaul, Hauptstadt der westsibirischen Region Altai, löste die Polizei eine zuvor genehmigte Kundgebung von Umweltschützern auf. Diese Kundgebung fand im Rahmen einer überregionalen Aktion zum Schutz des Naturschutzgebietes „Zalesowskij“ statt. Als formaler Grund für die Auflösung wurde das Zeigen der Flagge der Bewegung „Für faire Wahlen“, deren Vertreter die Aktion unterstützt hatten, genannt.

22. JULI In Sestroretzk im Kurortnyj Rajon von St. Petersburg wurde eine Kundgebung gegen die Aufschüttung des Ufers der Finnischen Bucht durchgeführt an der über 600 Menschen teilnahmen. Das Ergebnis der Aktion ist eine Resolution, die an den Gouverneur von St. Petersburg, Georgij Poltawtschenko adressiert ist. In dem Dokument wird das Stadtoberhaupt aufgefordert, die Aufschüttung zu beenden, die Finanzierung des Projekts aus Mitteln des städtischen Haushalts zu kürzen und das Projekt auf Korruption hin zu überprüfen.

August

05. AUGUST In Nowokchopersk im Gebiet Woronsech fand bereits routinemäßig eine Kundgebung gegen die Gewinnung von Buntmetallen aus dem Schwarzerdegürtel statt. Zu der Kundgebung versammelten sich ca. 5.000 Menschen, was laut Medienberichten fast alle Einwohner von Nowokchopersk waren, welches insgesamt eine Bevölkerung von 6.500 Menschen hat. Die Teilnehmer der Aktion entschieden, im Rahmen einer online-Petition an Präsident Wladimir Putin auf der Seite www.savekhop.ru 100.000 elektronische Unterschriften gegen den Abbau von Kupfer in der zentralen Schwarzerderegion zu sammeln.

07. AUGUST In Moskau wurde eine von den Behörden genehmigte Kundgebung gegen die Neuplanung des Ismailskyj Parks, ein Kunsthandwerk- und Flohmarkt, durchgeführt. An der Aktion nahmen insgesamt 150 Menschen teil. Nach den Worten der Teilnehmer setzt die Neuplanung des Parks eine Veränderung des bestehenden natürlichen Waldparks innerhalb des kommerziellen Vergnügungskomplexes unter freiem Himmel voraus, wodurch dem Ökosystem des Ismailskier Waldes großer Schaden zugefügt werden würde, und sich folglich die Lebensbedingungen der Anwohner in der näheren Umgebung verschlechtern würden.

25. AUGUST Bei einer nächtlichen Kundgebung in der Kubanregion zur Unterstützung des Leiters der „Ekowache im Nordkaukasus“, Suren Gazarjan, wurden drei Aktivisten festgenommen. Ihnen wird der Verstoß gegen das Demonstrationsrecht vorgeworfen. Mit der Kundgebung protestierten die Unterstützer Gazarjans gegen neue polizeiliche Ermittlungen gegen diesen. Ihm wird vorgeworfen, einen Wachmann eines Objektes am Ufer des Schwarzen Meeres, welches auch als „Putins Datscha“ bezeichnet wird, mit dem Tod bedroht zu haben. Gazarjan bestreitet die Vorwürfe.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER



русско-немецкое бюро
экологической информации
Russisch-Deutsches Büro
für Umweltinformation

Russisch-Deutsches Büro für Umweltinformation
RF - 191040 St. Petersburg, Ligovskij Prosp. 87 / 300
info@rnei.ru
> www.rnei.de > www.rnei.ru

DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. Немецко-Русский Обмен



Deutsch-Russischer Austausch e.V.
Badstraße 44, D – 13357 Berlin
info@austausch.org
> www.austausch.org
> www.facebook.de/draberlin

REDAKTION

Angelina Davydova, Silke Junge, Stefan Melle

ÜBERSETZUNGEN

Aigul Sembaeva, Angelina Davydova, Silke Junge,
Tatjana Borisova, Elena Jakimenko

FOTOS

Deutsch-Russischer Austausch e.V., Konstantin Rubachin, Festival „Tu es“

GESTALTUNG

Anja Tchepets, Kerstin Porges, Berlin > www.porges-tchepets.de

DRUCK

trigger.medien.gmbh, Berlin

Diese Publikation wurde realisiert aus Mitteln des Diakonischen Werks
der EKD / Brot für die Welt



Publikation als PDF im Internet: > www.rnei.de > www.rnei.ru

Berlin, August 2012



русско-немецкое бюро
экологической информации

Russisch-Deutsches Büro
für Umweltinformation



gefördert von

